

Harte Arbeit für ein besseres Leben

Schwerpunkt: Was gute Arbeit ausmacht _____ **Meinung:** Nach dem Erdbeben in Myanmar ist zuverlässigere humanitäre Hilfe nötig _____ **Meinung:** Extremer Reichtum braucht eine Höchstgrenze _____

Aus aller Welt: Indiens Präsidentin hat eine ambivalente Rolle





Foto: dpa / Associated Press

Erdbebenopfer in Myanmar sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, S. 5.

„Extremer Reichtum schafft extreme Armut, anstatt sie abzuschaffen.“

Olivier De Schutter, S. 7

Meinung — 5

5 In Krisensituationen wie nach dem Erdbeben in Myanmar haben die weltweiten Hilfskürzungen besonders drastische Auswirkungen
Marvin Förderer

7 Wir brauchen eine Höchstgrenze für Reichtum, weil ultrareiche Individuen eine Gefahr für die Demokratie sind
Olivier De Schutter

10 Aus aller Welt erreichen uns Nachrichten zum USAID-Aus – hier fassen wir sie zusammen
Internationale Stimmen

Aus aller Welt — 13

13 Gebärmutterhalskrebs ist leicht zu verhindern, und dennoch sterben immer noch viele Frauen in armen Ländern daran
Frank Ekow Baiden

16 Indiens Präsidentin ist die erste Adivasi und zweite Frau in diesem Amt, aber ihre Rolle ist ambivalent
Arun P. Ghosh

18 Es gibt Ideen für eine globale Vermögenssteuer, aber die geopolitischen Hürden sind hoch
André de Mello e Souza

21 Heutzutage: Malawis Haushalte haben mit steigenden Kosten für lebenswichtige Güter zu kämpfen
Charles Pensulo



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Sunday Alambba

„Für einen effektiven Mindeststeuersatz für Superreiche ist internationale Koordination nötig.“

André de Mello e Souza, S. 18

23 — Schwerpunkt — Harte Arbeit für ein besseres Leben

24 Gute Arbeit braucht faire Bedingungen und internationale Verantwortung

Eva-Maria Verfürth

25 Informell Beschäftigte erzählen von ihrer Arbeit und ihrem Leben: ein Motorradtaxifahrer aus Uganda, eine Hausangestellte aus Indien, eine Flüchtlingslehrerin aus dem Südsudan, ein Fischschlächter aus Mexiko, eine Straßenverkäuferin aus Kenia und eine Lastenträgerin aus Ghana

33 Hinter der Innovation, die die KI verspricht, verbirgt sich häufig Ausbeutung – insbesondere in Afrika

Fabio Andrés Díaz Pabón und
Azza Mustafa Babikir Ahmed

36 Fast 200 Menschen, die schlimmste Inhalte für Facebook sichten und löschen mussten, verklagen in Kenia gerade Meta
Alba Nakuwa

37 Frauen im informellen Sektor Indiens kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen
Self Employed Women's Association

41 Immer mehr Menschen aus Afrika ziehen zum Arbeiten in die Golfstaaten – wir haben mit zwei von ihnen über ihre Erfahrungen gesprochen

Katharina Wilhelm Otieno und Alba Nakuwa

44 Lange zwang Usbekistan Erwachsene und Kinder zum Baumwollpflücken. Wie ein Boykott gewirkt hat, und weshalb arbeitsrechtliche Fortschritte erneut in Gefahr sind

Shahida Tulaganova

47 „Die meisten Schäden entstehen am Anfang der Lieferkette, etwa im Bergbau oder auf Plantagen im Globalen Süden“

Interview mit Armin Paasch

50 Die wichtigsten Zahlen und Daten zu Beschäftigung und Erwerbstätigkeit weltweit
Isah Shafiq

Foto: Ngabonziza Bonfils



Titelbild: „Labor Day“ des ruandischen Künstlers Ngabonziza Bonfils (siehe S. 4).

Weltweit kämpfen Menschen mit geringen Einkommen unter schwierigsten Bedingungen für eine Perspektive, möchten ihre Familien unterstützen oder Kinder in die Schule schicken. Sie migrieren, gründen kleine Unternehmen, arbeiten in Minen, Fabriken oder auf Plantagen. Ob Arbeit eine Chance oder ein Risiko ist, hängt besonders von den Arbeitsbedingungen ab. Die globale Arbeitswelt ist aber weiterhin geprägt von alten Machtverhältnissen. Viel zu oft liefern Länder des Globalen Südens Rohstoffe und günstige Arbeitskraft, während Gewinn und Wertschöpfung im Norden bleiben.

Kunst über Gemeinschaft, Frauen und Natur

Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt das Bild „Labor Day“ des ruandischen Künstlers Ngabonziza Bonfils. Auch das Bild am Anfang des Schwerpunkts, „Empty Baskets“, ist von ihm. Hier stellt er sich und seine Kunst vor:

„Mein Name ist Ngabonziza Bonfils, ich wurde in Ruanda geboren und lebe dort. Ich mache vor allem African Folk Art oder Naïve Art. Meine Kunst ist wie ein bunter Stoff aus Geschichten über Gemeinschaft, die starken Frauen in Afrika und darüber, wie Mensch und Natur friedlich zusammenleben. Ich verwende kräftige Farben und Formen. Ich möchte die Frauen in meiner Kunst kraftvoll darstellen.“

Mit meiner Kunst möchte ich Geschichten erzählen, die alle verstehen können, und den Menschen die Schönheit und Kraft des afrikanischen Spirits nahebringen.“

Foto: Ngabonziza Bonfils



ngaboarts05@gmail.com

Die gute Nachricht

Die Zahl der Klimaklagen steigt. **Laut einem Bericht der Columbia Law School kletterte sie von 884 Fällen im Jahr 2017 auf 2540 Fälle im Jahr 2023.** Besonders indigene Gemeinschaften gehen vermehrt vor Gericht, um Umweltrechte durchzusetzen. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass Gerichte eine immer wichtigere Rolle im Klimaschutz übernehmen. Zwei Erfolgsbeispiele aus 2024: Im Oktober erklärte der Oberste Gerichtshof Indiens eine saubere Umwelt zum Grundrecht. Im April verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz wegen unzureichender Klimaschutzmaßnahmen und bekräftigte, dass der Klimawandel eine Menschenrechtsfrage ist.



Hinter den Kulissen

Für den Schwerpunkt dieser Ausgabe haben wir mit informell Beschäftigten in verschiedenen Ländern über ihr Leben und ihre Arbeit gesprochen. Lucy verkauft Snacks in einem Vorort von Nairobi. Sie sprach mit unserer Redakteurin Katharina Otieno, die direkt nach dem Gespräch eine von Lucys berühmten Kartoffel-Samosas aß.



Lachen für die Freiheit

Kann ein Witz eine Diktatur zum Einsturz bringen? In einer Folge des Podcasts „**Your undivided attention**“ erklärt Srdja Popovic anschaulich, wie Aktivist*innen Humor verwenden können, um Diktaturen zu bekämpfen oder allgemein Veränderungen zu bewirken. Popovic hat zusammen mit Sophia McClennen in unserem April-Heft über die Macht von Humor geschrieben. Sie finden es [hier](#).

Jetzt reinhören



Ausgabe von Lebensmitteln für Opfer des Erdbebens
Anfang April in Mandalay, Myanmar.

NOTHILFE

Humanitäre Hilfe darf keine Frage politischer Interessen sein

In Krisensituationen wie nach dem Erdbeben in Myanmar ist schnelle Hilfe nötig. Organisationen, die bereits länger vor Ort sind, haben in solchen Ausnahmesituationen Vorteile. Dagegen wirken sich die Kürzungen bei den Entwicklungsetats vieler Staaten auch hier negativ aus.

VON MARVIN FÜRDERER

Nach dem katastrophalen Erdbeben am 28. März in Myanmar wurden bisher mehr als 3700 Tote und mehr als 4800 Verletzte bestätigt. Viele Menschen werden noch vermisst. Da große Teile der betroffenen Region immer noch schwer zugänglich sind, könnte die tatsächliche Zahl der Todesopfer noch deutlich steigen. Neun Millionen Menschen leiden besonders unter der Katastrophe.

Das Beben der Stärke 7,7 hat die ohnehin fragile Situation in Myanmar in eine akute humanitäre Notlage verwandelt. Bereits zuvor waren rund 20 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Etwa 15 Millionen wussten nicht, wie sie sich und ihre Familien ausreichend ernähren sollten, schätzen die Vereinten Nationen.

Myanmar ist geprägt durch Armut, Hunger, Konflikte und politische Isolation. Im Februar 2021 stürzte das mächtige Militär die gewählte Regierung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi; seitdem herrscht Bürgerkrieg. Nach dem Erdbeben haben sowohl die Militärregierung als auch Teile der bewaffneten Opposition eine befristete Waffenruhe verkündet, um Rettungseinsätze, Aufräumarbeiten und erste Wiederaufbauhilfen zu ermöglichen. Die kriegsmüde Bevölkerung und auch Helfende nahmen dies mit vorsichtiger Erleichterung auf. Es ist ein wichtiges Signal inmitten all des Leids, dass die Militärregierung öffentlich zugab, mit der Katastrophe überfordert zu sein und um internationale Hilfe bat.

In den vergangenen Jahren stand Myanmar nicht im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Das spüren auch Hilfsorganisationen im Land: Sie erhalten deutlich weniger private Spenden als in anderen Krisengebieten. Die drastischen Kürzungen in der US-amerikanischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe haben die Lage zusätzlich verschärft. Das UN-Welternährungsprogramm musste deshalb bereits Programme in Myanmar einstellen. Humanitäre Hilfe darf aber keine Frage politischer Interessen oder medialer Aufmerksamkeit sein. Sie muss die Menschen dort erreichen, wo das Leid am größten ist.

„Die Situation in Myanmar verdeutlicht, wie fatal die Sparmaßnahmen im Entwicklungsbudget der USA und in anderen Ländern sind. Wenn dort, wo akuter Hunger herrscht, Programme gekürzt oder beendet werden, sind Menschenleben bedroht.“

IM KATASTROPHENFALL ZAHLT SICH LANGFRISTIGE KOOPERATION AUS

Um im Notfall schnell und gezielt Hilfe leisten zu können, ist es nützlich, auf gewachsene Strukturen zurückgreifen zu können. Die Welthungerhilfe ist seit 2002 in Myanmar aktiv und arbeitet eng mit Klöstern, Dorfkomitees und zahlreichen freiwilligen Helfenden zusammen. Viele unserer Kolleg*innen stammen selbst aus den vom Erdbeben betroffenen Regionen. Glücklicherweise kam niemand aus unserem Team ums Leben.

Die Belastung ist allerdings enorm. Unser Büro in Mandalay wurde schwer beschädigt, deshalb schlafen viele Mitarbeitende derzeit im Gebetssaal eines Klosters – ohne Klimaanlage, bei Temperaturen von mehr als 45 Grad Celsius. Andere sind in den am stärksten betroffenen Gebieten unterwegs und geben Wasser, Nahrungsmittel und Hygieneartikel aus. Sie verteilen auch Bargeld, damit sich die Menschen auf den noch funktionierenden Märkten selbst versorgen können. Ihre Arbeit wird erschwert durch zerstörte Infrastruktur, Nachbeben und eine große emotionale Erschöpfung.

Da die Arbeit der Welthungerhilfe in Myanmar auf langfristige Kooperation zielt, ist in einer Ausnahmesituation wie dieser zusätzliche Unterstützung nötig. Dafür sind sogenannte Emergency Response Teams zuständig. Sie sind im Krisenfall auf Abruf verfügbar und arbeiten dann eng mit den erfahrenen Teams vor Ort zusammen, um schnelle Nothilfe zu leisten. Die im Land über viele Jahre etablierten Netzwerke sind dabei Gold wert.

Die Situation in Myanmar verdeutlicht, wie fatal die Sparmaßnahmen im Entwicklungsbudget der USA und anderer Ländern sind. Wenn dort, wo akuter Hunger herrscht, Programme gekürzt oder beendet werden, sind Menschenleben bedroht. Dies verschärft den Hunger weltweit, anstatt ihn zu beenden, wie es das 2. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung bis 2030 fordert. Kommt dann noch eine Naturkatastrophe hinzu, fehlen durch die Kürzungen wichtige Strukturen, um bestmöglich zu helfen. Die reichsten Länder müssen deshalb umdenken, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden.



MARVIN FÜRDERER

ist Nothilfe-Experte und Mitglied der Emergency Response Teams der Welthungerhilfe.

marvin.fuerderer@welthungerhilfe.de

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Wir sollten eine Höchstgrenze für extremen Reichtum festlegen

Die jüngsten Entwicklungen in den USA und anderswo zeigen, dass ultrareiche Einzelpersonen ein Risiko darstellen – für Demokratie, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Genauso wie wir eine Armutsgrenze haben, unter die niemand fallen sollte, benötigen wir jetzt eine Grenze für extremes Vermögen, die keine Person überschreiten sollte.

VON OLIVIER DE SCHUTTER



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS

Donald Trump und Elon Musk vor dem Weißen Haus im März – ein Paradebeispiel für das Verschmelzen von Macht und Reichtum.

In den fünf Jahren seit meinem Amtsantritt als Armuts-
 experte der Vereinten Nationen ist das Nettovermögen
 der fünf reichsten Männer der Welt in die Höhe ge-
 schossen – von bereits absurden 340 Milliarden Dollar auf
 unerträgliche 1,1 Billionen Dollar. Im gleichen Zeitraum ist das
 Vermögen von fast fünf Milliarden Menschen gesunken.

Die Zahl der Menschen, die unterhalb der von der Welt-
 bank festgelegten Armutsgrenze von 6,85 Dollar pro Tag
 liegen – 3,5 Milliarden, fast die Hälfte der Weltbevölke-
 rung – hat sich seit 1990 kaum verändert.

Die Doktrin, mit der wir alle aufgewachsen sind – dass Wirt-
 schaftswachstum die Antwort auf Armut, Arbeitslosigkeit
 und eine ganze Reihe anderer sozialer Missstände ist – hat
 für die Musks und Zuckerbergs unserer Welt gut funktio-
 niert. Aber auf dieser Welle sind längst nicht alle mitgerit-
 ten: Vielmehr hat sie einige wenige Eliten auf Superyachten
 katapultiert und Ungleichheit, Armut und Umweltzerstö-
 rung hinterlassen.

Diese wirtschaftliche Dominanz lässt sich leicht in poli-
 tischen Einfluss ummünzen. Der erlaubt es Ultrareichen,
 progressive politische Maßnahmen zu blockieren, die die-
 se enorme Wohlstandslücke schließen könnten, und ihre
 eigenen Interessen zu schützen – Donald Trump und Elon
 Musk, die vor dem Weißen Haus einen Tesla zur Schau stel-
 len, sind ein Paradebeispiel. In Amerika leben etwa zehn
 Millionen Kinder in Armut. Die Bevölkerung wurde – wie wir
 alle – dazu verleitet zu glauben, es sei in ihrem besten In-
 teresse, es der Elite zu erleichtern, mehr Geld zu verdienen.

Wir dürfen nicht weiter auf diesen Trick hereinfliegen. Extre-
 mer Reichtum schafft extreme Armut, anstatt sie abzu-
 schaffen. Er lenkt knappe Ressourcen und Produktions-
 kapazitäten weg von grundlegenden sozialen Dienst-
 leistungen und hin zu den verschwenderischen Launen
 der Reichen. Er treibt den Klimawandel an, der sich auf
 Menschen in Armut stärker auswirkt als auf jede andere
 Gruppe. Und er untergräbt die Demokratie.

„Extremer Reichtum
 schafft extreme Armut,
 anstatt sie abzuschaffen.“

So wie wir eine Armutsgrenze haben – eine Grenze, von der
 die Gesellschaft beschlossen hat, dass niemand sie unter-

schreiten sollte – brauchen wir eine Grenze für extremen
 Reichtum: eine Grenze, von der die Gesellschaft beschließt,
 dass niemand sie überschreiten sollte, wegen der Risiken
 für Demokratie, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. An-
 gehäufter Reichtum jenseits dieser Grenze ist ganz offen-
 sichtlich das Ergebnis von Politikversagen, Vetternwirt-
 schaft, Korruption oder Monopolmacht. Mit ihm lässt sich
 zu viel politischer Einfluss erkaufen oder zu viel Schaden an
 der Umwelt anrichten. Eine solche Vermögensgrenze wäre
 ein entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass Reich-
 tum der Gesellschaft dient, anstatt sie zu verzerren.

„Eine Grenze für extreme
 Vermögen festzulegen,
 wäre ein komplexes
 Unterfangen – aber es
 würde eine dringend
 benötigte Debatte darüber
 auslösen, wie viel Reich-
 tum zu viel ist.“

Untersuchungen der New Economics Foundation und von
 Patriotic Millionaires zu einer extremen Vermögensgrenze
 zeigen, dass die öffentliche Unterstützung für einen
 Schwellenwert für schädliches Vermögen wächst. Die für
 die Studie befragten Teilnehmenden betrachteten extre-
 mes Vermögen durchweg als ein Systemversagen.

Eine Grenze für extreme Vermögen festzulegen, wäre ein
 komplexes Unterfangen – aber es würde eine dringend be-
 nötigte Debatte darüber auslösen, wie viel Reichtum zu viel
 ist. Als politisches Instrument könnte eine Grenze für extre-
 me Vermögen als Bezugspunkt für eine progressive Besteue-
 rung dienen, die die Steuerlast von Arbeitnehmer*innen
 (Einkommensteuer) und Haushalten (Mehrwertsteuer) auf
 diejenigen verlagert, die den Großteil des weltweiten Grund-
 und Finanzvermögens besitzen. So ließe sich der über die
 Jahre angesammelte Reichtum umverteilen, um damit Sozi-
 alleistungen zur Armutsbekämpfung zu finanzieren.

Beispielsweise könnte eine bescheidene Steuer von drei
 Prozent auf das Vermögen aller Milliardäre und Centi-Mil-
 lionäre – die zweifellos über der Grenze für extreme Ver-

mögen liegen würden – bis zu 690 Milliarden Dollar pro Jahr einbringen. Wie meine jüngsten Untersuchungen zeigen, ist dies mehr als das Doppelte dessen, was nötig ist, um eine grundlegende Gesundheitsversorgung und andere Basisdienstleistungen für die 26 ärmsten Länder der Welt bereitzustellen.

Viel zu lange wurde uns gesagt, es gäbe kein globales Problem, das Wirtschaftswachstum nicht lösen könne. Wir dürfen nicht vergessen, nachzufragen: Wie viel Wachstum, zu welchen Kosten und für wen? Andernfalls riskieren wir eine von Armut geprägte Zukunft auf einem verwüsteten Planeten, neben immer obszöneren Listen von Reichen und weiteren gefährlichen Milliardär*innen in Regierungen.

Je länger ich daran arbeite, neue Ansätze zur Beseitigung der Armut zu finden, die über Wirtschaftswachstum hinausgehen, desto deutlicher wird es: Wir sollten unsere Energie auf die Umverteilung von Reichtum konzentrieren, nicht darauf, ihn zu erzeugen. Und eine Grenze für extreme Vermögen würde der Wirtschaftselite dabei weniger Schlupflöcher bieten – selbst denen in den höchsten Machtpositionen.

LINKS

De Schutter, O., 2025: Financing social protection floors: Contribution of the Special Rapporteur to FfD4.
srpoverty.org/2025/01/17/financing-social-protection-floors-contribution-of-the-special-rapporteur-to-ffd4/

New Economics Foundation, Patriotic Millionaires, 2025: Exploring an extreme wealth line.
neweconomics.org/2025/01/exploring-an-extreme-wealth-line



OLIVIER DE SCHUTTER

ist UN-Sonderberichterstatler für extreme Armut und Menschenrechte.

hrc-sr-extremepoverty@un.org

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: www.dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.04.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalişkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum

genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli

Mahajan, Lucknow (RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS, Kolumne

Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.



Demonstrationen gegen Elon Musk und sein sein „Department of Government Efficiency“ (DOGE), dem auch USAID zum Opfer gefallen ist.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Stimmen aus aller Welt zum Aus für USAID

Am 1. Juli 2025 soll USAID offiziell abgewickelt werden. Seit US-Präsident Donald Trump Anfang des Jahres die Gelder der US-Entwicklungsbehörde eingefroren hat, erreichen uns Nachrichten aus verschiedenen Teilen der Welt. Die Absender*innen möchten die Situation in ihren Ländern schildern, das weitere Vorgehen diskutieren – oder einfach nur ihre Fassungslosigkeit zum Ausdruck bringen. Wir bieten den verschiedenen Stimmen hier eine Plattform und fassen ihre Gedanken in kurzen Statements zusammen.

Schreiben Sie uns: euz.editor@dandc.eu

Das Einfrieren der US-Hilfen hat den zivilgesellschaftlichen Sektor Tansanias in eine Krise gestürzt und Gesundheits-, Bildungs- sowie Menschenrechtsprogramme unterbrochen. Tausende Arbeitsplätze sind gefährdet, und wichtige Dienstleistungen – wie kostenlose HIV-Medikamente – wurden gestrichen, wodurch gefährdete Bevölkerungsgruppen noch mehr in Not geraten sind. Die Entscheidung zeigt, wie anfällig Projekte sind, die auf ausländische Gelder angewiesen sind. Sie führte auch zu Forderungen nach einer dringend benötigten, stärkeren finanziellen Unabhängigkeit durch die Mobilisierung lokaler Ressourcen. Während Tansania, wie der gesamte Kontinent, nach Lösungen sucht, hängt die Zukunft von Millionen Menschen in der Schwebe, was die menschlichen Kosten abrupten politischer Kurswechsel deutlich macht.

Kizito Makoye, Journalist, Tansania

Anfang März kam es im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia bei Protesten zu Zusammenstößen zwischen Geflüchteten und der Polizei, nachdem die Lebensmittelversorgung um 40% gekürzt worden war. Diese drastischen Einschnitte durch das Welternährungsprogramm (WFP) sind eine Folge des Kahlschlags des USAID-Programms durch Donald Trump. Die USA waren ein Hauptgeber des WFP.

Die Lebensmittel waren bereits seit mehreren Jahren knapp, und die Rationen wurden im vergangenen Jahr auf 60% gekürzt. Doch jetzt hat die Lage eine gefährliche Wendung genommen. Mavoo, ein TikTok-Influencer aus dem Lager, übertrug die Demonstrationen live. In den Videos sind Demonstrierende zu sehen, die Schilder hochhalten und nach Nahrung und Wasser rufen.

Außerdem trugen die Geflüchteten leere Kochtöpfe mit sich, nachdem das WFP die Lieferung von Speiseöl und Bohnen vollständig eingestellt hatte. Die friedlichen Proteste eskalierten, als die Polizei eingriff und Berichten zufolge Tränengas und scharfe Munition einsetzte, wobei vier Geflüchtete und ein örtlicher Regierungsbeamter verletzt wurden.

Währenddessen wächst die Bevölkerung im Lager Kakuma und in der Siedlung Kalobeyei aufgrund der Krisen im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo.

Alba Nakuwa, Journalistin aus dem Südsudan

In Simbabwe lenken die Kürzungen der USAID-Mittel die Aufmerksamkeit auf die Leistungsfähigkeit der staatlichen Sozialschutzinitiativen und stellen gleichzeitig die Kapazität der lokalen Einsatzkräfte zur Mobilisierung von Ressourcen auf die Probe. Tatsächlich steht die derzeitige Entwicklung im Einklang mit der Lokalisierungsagenda der Vereinten Nationen.

In den Medien wurde vor allem auf die Auswirkungen auf Sektoren hingewiesen, die grundlegende Bedürfnisse decken, wie den stark von Hilfe abhängigen Gesundheitssektor sowie Agrar- und Nahrungsmittelhilfeprogramme. Die willkürlichen Kürzungen haben auch zu einer erhöhten Arbeitsplatzunsicherheit geführt, insbesondere im internationalen Entwicklungssektor.

Alundrah Sibanda, Fachkraft für humanitäre Hilfe und internationale Entwicklung, Simbabwe

Der Januar begann mit schrecklichen Nachrichten, die Leben und Luft für NGOs, Partner, die Gemeinschaft und die Begünstigten von USAID-Projekten abschnitten. Wir hoffen, dass alles gerettet werden kann. Als Partner von USAID haben wir ein Projekt zur Stärkung der psychischen Gesundheit in Kambodscha finanziert. Die Ausführungsverordnung von US-Präsident Trump ist eine Herausforderung, insbesondere für sehr abgelegene Gemeinden. Wir kämpfen mit den negativen Auswirkungen des Finanzierungsstopps von USAID. Diese werden die Welt weiter spalten und den Weltfrieden gefährden. Wir sind dankbar für die bisherige Rolle von USAID als humanitäre Organisation, Friedensstifter und Förderer der Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften. Bitte nehmt uns das nicht weg!

Lemhuor Bun, Berater für psychische Gesundheit, Kambodscha



Foto: dpa / ZUMAPRESS.com / Gent Shkullaku

Im Februar demonstrierten Menschen vor der United States Agency for International Development (USAID) in Washington gegen die Regierung, um Angestellte zu unterstützen, die ihre Büros räumen mussten.

Das Ende der internationalen US-Hilfe hat tiefgreifende Auswirkungen auf die reproduktive Gesundheit von Frauen in Afrika und Asien. Insgesamt hat MSI Reproductive Choices finanzielle Mittel in Höhe von 14 Millionen Dollar verloren, weil sich die NGO weigerte, den Vorgaben und Regeln der Trump-Administration nachzugeben. Diese Finanzierung muss nun durch andere Gelder ersetzt werden, genauso wie weitere 6 Millionen Dollar für Dienstleistungen, die zuvor von UN-Organisationen, staatlichen Gesundheitssystemen und anderen Organisationen erbracht wurden. Eines der am stärksten von den Kürzungen betroffenen Länder ist Simbabwe, wo zusammengenommen 6,5 Millionen Dollar an USAID-Mitteln gestrichen wurden. Nur wenn diese Versorgungslücken zeitnah geschlossen werden, ist ein erheblicher Anstieg von ungewollten Schwangerschaften, unsicheren Abtreibungen und schwangerschaftsbedingten Todesfällen zu verhindern.

In ganz Afrika, wo das Engagement von MSI für viele Frauen den Zugang zu lebensrettender sexueller und reproduktiver Gesundheitspflege sicherstellt, sind die vom reichsten Mann der Welt angeführten USAID-Kürzungen verheerend für die Frauen, die teilweise in den ärmsten Gemeinden des Kontinents leben. Wird ihnen dieser teils lebensrettende Zugang verwehrt, können viele Frauen ihre Schwangerschaften nicht mehr sicher austragen, was sie weiter in den Teufelskreis der Armut treibt. Gleichzeitig werden sich Frauen, die sich in einer besonders verzweifelten Lage befinden, gezwungen sehen, Abtreibungen unter unsicheren Konditionen vornehmen zu lassen und so ihr Leben zu riskieren.

Carole Sekimpi, Senior-Afrikadirektorin bei MSI Reproductive Choices

In der kolumbianischen Zivilgesellschaft wachsen die Sorgen, denn die erheblichen Kürzungen der USAID-Mittel gefährden hunderte sozialer Organisationen, die auf diese Gelder angewiesen sind. Das Gesamtvolumen der Kürzungen ist noch nicht offiziell bestätigt. Im Jahr 2023 stellte USAID fast 400 Millionen Dollar für Kolumbien bereit.

Die Auswirkungen sind bereits spürbar. Besonders stark betroffen sind Programme, die Opfer des bewaffneten Konflikts, der seit Jahrzehnten zwischen Guerillagruppen, der kolumbianischen Regierung sowie verschiedenen paramilitärischen Gruppen und Drogenbanden ausgetragen wird und Hunderttausende Leben gekostet hat, psychosozial und juristisch unterstützen, sowie Projekte, die illegale Wirtschaftszweige in ländlichen Gebieten ersetzen sollen oder Schutz für bedrohte Community-Leader

und Menschenrechtler*innen bieten. Mehrere NGOs berichten von Einstellungsstopps. Viele schrauben ihre Ziele nach unten. Einige kündigen an, dass sie ihre Aktivitäten möglicherweise ganz einstellen müssen, wenn sie nicht kurzfristig andere Finanzierungsquellen finden.

Schätzungen zufolge befinden sich mehr als 200 Organisationen, die in den letzten fünf Jahren USAID-Gelder für Friedens- und Entwicklungsprojekte erhalten haben, nun in großer finanzieller Unsicherheit. „Es geht nicht nur um das Geld, sondern auch um das Signal, das damit ausgesendet wird“, sagte die Koordinatorin eines Projekts zur Stärkung von Frauen in Catatumbo mir gegenüber. Sie meint: „Diese Programme sind enorm wichtig, weil der Staat nicht ausreichend präsent ist. Wir sprechen hier von Unterstützung für Gemeinden, die jahrzehntelang unter Gewalt und Vernachlässigung gelitten haben.“

Die USAID-Budgetkürzung macht deutlich, wie abhängig der kolumbianische soziale Sektor von internationaler Zusammenarbeit ist. Kolumbien steht nun vor einer doppelten Herausforderung: Die Organisationen müssen ihre Einnahmequellen diversifizieren – und die kolumbianische Regierung sowie internationale Akteure müssen prüfen, wie sie die Auswirkungen auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen minimieren und die Vereinbarungen des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla umsetzen können. Wichtige Aspekte des 2016 unterzeichneten Abkommens sind bisher von den US-Geldern abhängig.

Leonardo Jiménez García, Berater für Kommunikationsprozesse für sozialen Wandel und Dozent für Kommunikationsnarrative und Methoden der Sozialforschung.

Die Kürzungen der USA sind nicht nur ein Bruch internationaler Solidarität, sie verschärfen bestehende Krisen massiv – und gefährden Millionen von Menschenleben weltweit. Mit Blick auf unser Projektland Uganda könnte sich HIV ungehindert weiter ausbreiten, und in Afghanistan könnte die Kinderlähmung Polio wieder zunehmen.

Als Organisation mit Sitz in Deutschland sehen wir es als unsere Pflicht, solidarisch dagegenzuhalten. Gerade jetzt muss Deutschland seiner Verantwortung als einer der größten Geber gerecht werden und als verlässlicher Partner handeln. Von nachhaltiger Entwicklung profitieren wir alle.

Hila Limar, Vorstandsvorsitzende von Visions for Children e. V.



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Sunday Alamba

Gesundheitshelferinnen sprechen in einem Gesundheitszentrum im nigerianischen Ibadan mit einem Mädchen, ehe es gegen Gebärmutterhalskrebs geimpft wird.

GESUNDHEIT

Eine vermeidbare Krankheit

Länder mit niedrigen Einkommen tragen die größte Last durch Gebärmutterhalskrebs. In diesen Ländern endet die Krankheit meist tödlich. Das ist tragisch, da dieser Krebs eigentlich leicht zu verhindern wäre. Es gibt einen Plan zur weltweiten Ausrottung der Krankheit – aber dafür braucht es lokales Bewusstsein und internationale Solidarität.

VON FRANK EKOW BAIDEN

Bei Lena, einer 44-jährigen Fischhändlerin aus Kenia, wurde im vergangenen Jahr Gebärmutterhalskrebs festgestellt, nachdem sie monatelang Schmerzen und Blutungen gehabt hatte. Vor der Diagnose hatte sie nie von dieser Art Krebs gehört. Auch ihre 18, 22 und 24 Jahre alten Töchter nicht. Erst als die Mutter mit der Behandlung begann, erfuhren sie, dass die Krankheit früh erkannt und verhindert werden kann.

Gebärmutterhalskrebs wird durch eine chronische Infektion mit dem humanen Papillomavirus (HPV) verursacht. Es gibt mehrere Subtypen dieses Virus, aber den Gebärmutterhalskrebs verursachen meist die Subtypen 16 und 18. Sie gelten als Hochrisiko-Subtypen.

Die Infektion wird durch ungeschützten Geschlechtsverkehr übertragen, und es ist die chronische Infektion mit

den Hochrisiko-Subtypen, die zu Gebärmutterhalskrebs führt. Da Mädchen sich bereits im Teenageralter anstecken können, sollte die Prävention idealerweise beginnen, ehe sie das erste Mal Sex haben.

HPV-TESTS

Durch HPV verursachte frühe Veränderungen am Gebärmutterhals sind keine Ursache für Krebs. Sie können mit wenig Aufwand entfernt werden. Unbehandelt können sie jedoch mit der Zeit zu Krebs führen. Dank der langen Zeitspanne zwischen dem Auftreten von Veränderungen und der Entstehung von Krebs können Anomalien über Screening-Tests erkannt und behandelt werden.

Dafür gibt es zwei Ansätze. Der älteste ist der Pap-Abstrich. Dabei werden abnormale Zellen am Gebärmutterhals mikroskopisch untersucht und nachgewiesen. Der neuere Ansatz, der von der WHO empfohlen wird, besteht darin, HPV-Tests auf DNA-Basis für das Screening zu verwenden.

Meist schafft es das körpereigene Immunsystem, eine Infektion abzuwehren, ohne dass Krebs entsteht. Der Nachweis einer HPV-Infektion am Gebärmutterhals bedeutet also nicht gleich ein Krebsrisiko – außer wenn das Immunsystem wie im Falle einer HIV-Infektion bereits geschwächt ist. Kritisch ist vielmehr eine chronische Infektion mit den Hochrisikosubtypen.

In den meisten Ländern mit hohem Einkommen ist die Gebärmutterhalskrebsvorsorge in die medizinische Grundversorgung und Krankenversicherung integriert. Deutschland etwa kombiniert Pap-Abstriche und DNA-basierte HPV-Tests für das Screening. Frauen zwischen 20 und 34 Jahren erhalten einen jährlichen Pap-Abstrich, ab 35 Jahren dann alle drei Jahre einen Pap-Abstrich sowie einen HPV-Test. In Großbritannien wird jede bei einem Hausarzt registrierte Patientin automatisch per Post zum Test eingeladen: 25- bis 49-Jährige alle drei Jahre, 50- bis 64-Jährige alle fünf Jahre.

Lenas Töchter wurden noch nicht getestet, denn die kenianische Krankenversicherung bezahlt keine Vorsorge. Auch zwei der drei Chemotherapien, die Lena benötigt, zahlt die Versicherung nicht, weil Lena nicht genug ins System eingezahlt hat.

HPV-IMPfung

Die HPV-Impfung als weitere wichtige Maßnahme gegen Gebärmutterhalskrebs ist in Kenia kostenlos – aber davon hatten Lena und ihre Familie noch nie gehört. Die Impfung verhindert Neuinfektionen, behandelt aber keine bestehenden. Am besten findet sie vor einer HPV-Exposition statt. Wann Mädchen (in einigen Ländern auch Jungen) gegen HPV geimpft werden können, ist von Land zu Land unter-

schiedlich – je nachdem wann Mädchen Studien zufolge normalerweise anfangen, Geschlechtsverkehr zu haben.

Laut WHO lag die Durchimpfungsrate gegen HPV bei 15-jährigen Frauen in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent im Jahr 2023 bei 30 bzw. 67 %. Es gibt also nach wie vor Verbesserungsbedarf. Dennoch sind die Raten erheblich höher als in Afrika und Südostasien, wo durchschnittlich nur 15 beziehungsweise ein Prozent geimpft sind. Fehlende Informationen über die Impfung und die Krankheit stellen auch hier ein großes Problem dar.

„Nur 17 afrikanische Länder haben ein HPV-Screening für Gebärmutterhalskrebs eingeführt, allerdings nicht auf nationaler Ebene. Die Screening-Deckungsrate liegt dort bei gerade mal elf Prozent.“

Die WHO leitet die „Globale Strategie zur schnelleren Beseitigung von Gebärmutterhalskrebs als Problem der öffentlichen Gesundheit“. Bis zum Jahr 2030 sollen demnach alle Länder einen 90-70-90-Plan durchführen: 90 % aller Mädchen sollen bis zum Alter von 15 Jahren vollständig mit dem HPV-Impfstoff geimpft sein, 70 % der Frauen sollen bis zum Alter von 35 Jahren und erneut bis zum Alter von 45 Jahren mit einem hochentwickelten Test untersucht werden, und 90 % der Frauen mit Krebsvorstufen oder invasiven Krebserkrankungen sollen eine wirksame Behandlung erhalten.

Dieser Plan und weitere Strategien werden in den nächsten 100 Jahren mehr als 74 Millionen Fälle von Gebärmutterhalskrebs und mehr als 62 Millionen Todesfälle verhindern. Leider werden Afrika und Südostasien mit dem derzeitigen Stand der Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen nicht in der Lage sein, Gebärmutterhalskrebs bis 2100 zu eliminieren. Auch der Rest der Welt wird sich mehr anstrengen müssen, wenn der globale Plan umgesetzt werden soll. Neben Aufklärungs- und Informationskampagnen braucht es mehr internationale Solidarität.

AFRIKAS HÜRDEN

Nur 17 afrikanische Länder haben ein HPV-Screening für Gebärmutterhalskrebs eingeführt, allerdings nicht auf nationaler Ebene. Die Screening-Deckungsrate liegt also selbst dort bei gerade mal elf Prozent. Ebenso haben nur 28 afrikanische Länder HPV-Impfungen in ihre Routineimpfprogramme aufgenommen. Nur vier von ihnen erreichten bis zum Jahr 2023 eine Durchimpfungsrate von 90 %. Laut der

WHO-Regionaldirektorin für Afrika, Matshidiso Moeti, „ist die Belastung durch Gebärmutterhalskrebs in Afrika ein deutliches Beispiel für die Auswirkungen globaler Ungleichheiten, die Barrieren wie knappe Ressourcen, mangelnde Priorisierung durch Geldgeber und letztlich begrenzte Kapazitäten zur Bewältigung der Krankheit verschärfen.“ Afrikanische Gesundheitsminister*innen und Partnerorganisationen, die im vergangenen August in Brazzaville, Republik Kongo, zusammenkamen, betonten die dringende Notwendigkeit eines gerechten Zugangs zu erschwinglichen HPV-Impfstoffen und HPV-DNA-Tests, um die Eliminierung von Gebärmutterhalskrebs voranzutreiben. Den Ländern fehlen auch geeignete Verteilungsmechanismen.

Es ist zudem wichtig zu wissen, dass das derzeitige Routineimpfsystem auf sehr junge Kinder ausgerichtet ist. Diese sind relativ einfach über Kliniken zu erreichen, die das Globale Erweiterte Impfprogramm (Expanded Program of Immunization, EPI) durchführen. Diese Programme waren nicht besonders erfolgreich bei der Bereitstellung von Impfstoffen für Kinder, die älter als ein oder zwei Jahre sind. Die jüngsten Herausforderungen bei der Einführung des Malaria-Impfstoffs zeigen, vor welchen Schwierigkeiten das EPI-System bei der Bereitstellung von Impfstoffen für ältere Kinder und Erwachsene steht. Es müssen mehroportunistische Zugänge gefunden werden, etwa über Allgemeinmediziner oder Gesundheitsdienste für Mütter. Um sich darauf zu konzentrieren, wie HPV- und andere Impfstoffe älteren Kindern und Erwachsenen effektiv verabreicht werden können, ist ein neues und eigenständiges EPI erforderlich.

Der von UNICEF im Namen der Impfallianz GAVI angewandte Ansatz der gebündelten Beschaffung möchte Impfstoffe für Länder mit niedrigem Einkommen bezahlbar machen. Die Preise konnten dank dieser Strategie deutlich gesenkt werden, und bis Ende 2022 wurden mehr als 16 Millionen Mädchen gegen HPV geimpft.

Da allerdings ein nachhaltiger Finanzierungsmechanismus fehlt, bleibt der Ansatz anfällig. Letztendlich müssen afrikanische Länder die Kapazitäten entwickeln, um ihre eigenen HPV-Impfstoffe – und andere – herzustellen. Derzeit werden nur etwa ein Prozent der benötigten Impfstoffe auf dem Kontinent selbst produziert. Das macht Afrika auf prekäre Weise von globalen Lieferketten und deren Unwägbarkeiten abhängig.

Wir wissen genug über Gebärmutterhalskrebs, um ihn besiegen zu können. Wir verfügen über die Technologie und können die benötigten Instrumente herstellen. Wenn wir unsere Bereitstellungsmechanismen etwas anpassen, sollten wir Frauen und Mädchen überall mit den lebensrettenden Diensten erreichen können, die es braucht, um der Krankheit vorzubeugen und sie als Problem der öffentlichen Gesundheit zu beseitigen.



FRANK EKOW BAIDEN

ist außerordentlicher Professor für Public Health und Dekan der Fred N. Binka School of Public Health an der University of Health and Allied Sciences in Ghana.

fbaiden@uhas.edu.gh



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



INDIEN

Zweideutige Rolle

Droupadi Murmu ist das 15. Staatsoberhaupt Indiens. Sie ist die erste Adivasi und die zweite Frau in diesem Amt. Dass sie gewählt wurde, war nicht nur ein Zeichen der Inklusion, sondern hatte auch einen spalterischen Aspekt.

VON ARUN P. GHOSH



Foto: dpa / Sipa USA / Hindustan Times

Indiens Präsidentin Droupadi Murmu.

Droupadi Murmu wurde 2022 Präsidentin. Sie war die Kandidatin der BJP von Premierminister Narendra Modi. Zuvor war sie Abgeordnete im Landtag, später Mitglied der Landesregierung von Odisha sowie Gouverneurin von Jharkhand. In letzterem Amt führte sie für die Zentralregierung Aufsicht über die dortige Landesregierung, übte aber keine politische Macht aus.

Murmu gehört zu den Santals, einem Adivasivolk, das im Osten Indiens sowie in Bangladesch und Nepal beheimatet ist. In Indien sind Kastenhierarchie und rassistisches Denken weiterhin wichtig, sodass es viele Adivasi mit Stolz erfüllte, dass sie Präsidentin wurde. Sie hat – ähnlich wie der deutsche Bundespräsident – überwiegend zeremonielle Aufgaben.

Ihr Aufstieg in die Staatsspitze war jedenfalls ein Zeichen der Inklusion. Zugleich hatte er einen spaltenden Aspekt. Murmu hat dank der BJP Karriere gemacht. Dieser Partei zufolge soll Indien eine hinduistische Nation sein. Sie gehört zu dem hinduchauvinistischen Netzwerk Sangh Parivar, das behauptet, alle in Indien lebenden Gruppen und Völker hätten ursprünglich dem Hinduismus angehört, manche Menschen seien aber zu anderen Religionen übergetreten. Das Netzwerk spricht sich in dem Sinne für „Heimkehr“ (ghar wapsi) aus, dass alle indischen Staatsangehörigen ihr angebliches hinduistisches Erbe akzeptieren.

„Die Präsidentin bekennt sich zur Savarna-Orthodoxie, zu der unter anderem die Kastenordnung der hinduistischen Gesellschaft gehört.“

Seit einigen Jahren forciert die BJP ihre Bemühungen, Adivasi davon zu überzeugen, sie seien eigentlich Hindus. Das ist jedoch alles andere als offensichtlich. Historisch lebten Adivasi in abgelegenen Dörfern auf dem Land und im Wald. Sie wurden von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt und erfuhren Diskriminierung ähnlich wie die niedrigsten Hindukasten, die heute Dalits genannt werden. Adivasivölker haben eigene Sprachen und typischerweise von Generation zu Generation weitergegebene kosmologische Mythen. Allerdings haben sich viele auch Religionen mit heiligen Schriften wie dem Hinduismus oder auch dem Christentum angeschlossen.

DEMONSTRATIVE GLAUBENSPRAXIS

Murmu stellt gern öffentlich dar, dass sie Hindu ist. Sie bezeichnet sich als Vegetarierin und gehört zu den Brahma Kumaris, einer besonders unter Frauen beliebten spirituellen Richtung, die in den 1930er-Jahren entstand. Sie wurde nicht in eine Hindukaste hineingeboren.

Die Präsidentin bekennt sich zur Savarna-Orthodoxie, zu der unter anderem die Kastenordnung der hinduistischen Gesellschaft gehört. Sie feigt manchmal demonstrativ frühmorgens einen Shiva-Tempel im Distrikt Mayurbhanj in Odisha. Auch hat sie an Zeremonien in dem umstrittenen Ram-Tem-

pel in Ayodhya teilgenommen, der dort entstand, wo vor 30 Jahren Hindu-Extremisten die Babri-Moschee abrisen.

Indien ist laut Verfassung ein säkularer Staat. Dennoch zelebriert Murmu ihren Glauben gern öffentlich. Die Fotos, die sie bei Hindu-Ritualen zeigen, dienen dann dazu, die Botschaft zu verbreiten, alle Adivasi seien – wie die Staatschefin – eigentlich Hindus. Das widerspricht der großen kulturellen Vielfalt der Adivasi-Völker.

Murmu unterstützt die BJP auch bei Themen wie Hindi als Nationalsprache. Das befremdet insofern, als Adivasi-Sprachen meist mit Hindi gar nicht verwandt sind.

In verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikten stehen Adivasi-Gemeinschaften auch weiterhin unter großem Druck. Bergbau- und Infrastrukturvorhaben beeinträchtigen oft ihre Lebensgrundlagen in abgelegenen Gebieten. Wieder und wieder müssen ganze Dörfer weichen. Als die BJP Murmu zur Präsidentschaftskandidatin kürte, gab es die Hoffnung, sie könne schützend eingreifen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Droupadi Murmus Rolle als Präsidentin ist deshalb zweideutig. Einerseits ist sie die erste Adivasi, die offiziell das gesamte Land repräsentiert. Andererseits hat sie eine Hindu-Identität angenommen, die der Vielfalt der Adivasi-Völker nicht entspricht.

ARUN P. GHOSH

ist ein Pseudonym.
Der tatsächliche Name ist der Redaktion bekannt.

euz.editor@dandc.eu



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Silvia Izquierdo

Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva gibt Chinas Präsidenten Xi Jinping auf dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro im November die Hand. Brasilien schlug dort eine globale Vermögensteuer vor.

FINANZIELLE GERECHTIGKEIT

Ein globaler Mindeststeuersatz für Superreiche

Steuern und Steuerpolitik sind für die Entwicklungsfinanzierung zentral. Studien legen nahe, dass die Reichsten zu wenig besteuert werden. Es gibt zwar Ideen für eine globale Vermögensteuer, aber auch hohe geopolitische Hürden.

VON ANDRÉ DE MELLO E SOUZA

Es besteht Konsens darüber, dass eine progressive Besteuerung wesentlich für demokratische Gesellschaften ist. Wer mehr verdient und besitzt, trägt demnach mehr zur Bereitstellung sozialer und öffentlicher Güter bei, die das Wirtschaftswachstum fördern. Das stärkt auch den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in demokratische Normen und Institutionen.

Allgemein zahlen die Reichsten jedoch relativ zu ihrem Einkommen weniger Steuern als andere soziale Gruppen, wie Erhebungen zeigen (Steuerregression). Über länderspezifische Steuersysteme hinweg ist dies dann der Fall, wenn das Einkommensteuersystem reiche Personen nicht wirksam besteuert. Die Hilfsorganisation Oxfam schätzt, dass in den G20-Ländern aktuell ein Prozent der Reichen 31% des Gesamtvermögens besitzt; 2004 waren es noch 26%.

G20-VORSCHLAG ZUR BESTEUERUNG DER SUPERREICHEN

Die G20 – mit inzwischen 21 Mitgliedern, inklusive Afrikanischer Union – gilt als wichtigstes Forum für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und insbesondere für Steuerreformen. Von Dezember 2023 bis November 2024 hatte Brasilien den G20-Vorsitz inne und schlug eine globale Vermögensteuer vor. Der Vorschlag wurde einvernehmlich akzeptiert und in die Erklärung der Staats- und Regierungschefs des 18. G20-Gipfels in Rio de Janeiro im November 2024 aufgenommen.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 erklärten, sie wollten sich unter voller Wahrung der Steuerhoheit bemühen, kooperativ zu handeln, um extrem reiche Menschen effektiv zu besteuern. Diese Kooperation könne beinhalten, sich über Best Practices auszutauschen, Debatten über Steuergrundsätze zu ermöglichen und Mechanismen zum Kampf gegen Steuervermeidung zu entwickeln, insbesondere auch gegen potenziell schädliche Steuerpraktiken (G20 2024).

Die Länder können die Reichsten auf verschiedenen Wegen unabhängig voneinander höher besteuern. Aber für einen effektiven Mindeststeuersatz für Superreiche ist internationale Koordinierung nötig. Der G20-Vorschlag fördert progressive Besteuerung, indem er es erschwert, Vermögen weltweit zu verlagern und so Steuern zu hinterziehen und zu vermeiden. Auch will er den Steuerwettbewerb zwischen den Ländern – den sogenannten „race to the bottom“ – verringern und gegen Ungleichheit angehen.

Dem französischen Ökonomen Gabriel Zucman zufolge liegt der derzeitige effektive Steuersatz für Superreiche bei 0,3% ihres Vermögens. Zucman leitete eine von der brasi-

lianischen Regierung beauftragte Studie. Sie ergab: Bei Anhebung des Steuersatzes auf zwei Prozent würden etwa 3000 Milliardär*innen weltweit jährlich 200 bis 250 Milliarden Dollar mehr an Steuern zahlen. Würden auch Centimillionär*innen einbezogen, kämen weitere 100 bis 140 Milliarden Dollar hinzu.

Es bräuchte keinen multilateralen Vertrag, um Zucmans Vorschlag umzusetzen. Die Länder könnten dafür nationale Mechanismen nutzen – etwa eine presumptive Einkommensteuer, eine Einkommensteuer auf Basis eines breiten Einkommensbegriffs, oder eine Vermögensteuer. So bliebe die nationale Souveränität gewahrt. Diese Flexibilität bei der Gestaltung des Steuersystems könnte mehr Länder motivieren, mitzuziehen.

„Angesichts der Anreize, Vermögen zu unterschlagen, müssen die Länder mehr Informationen austauschen. Dazu trägt der Abbau des Bankgeheimnisses in den vergangenen Jahren bei.“

EINKOMMENSTEUERAUSFÄLLE VERHINDERN

Zucman favorisiert die präsumtive Steuer, da jüngere Studien eine große Kluft zwischen wirtschaftlichem und steuerpflichtigem Einkommen der Reichsten belegen. Dies führt zu der Annahme, dass Milliardär*innen, die wenig steuerpflichtiges Einkommen melden – also kaum Einkommensteuer zahlen – ein vom Steuersystem nicht berücksichtigtes wirtschaftliches Einkommen erzielen.

Umgekehrt müsste, wer schon zwei Prozent des eigenen Vermögens an Einkommensteuer zahlt, keine zusätzlichen Steuern zahlen. Die vorgeschlagene Mindeststeuer für Milliardär*innen würde also schlicht Ausfälle bei der Einkommensteuer kompensieren.

Im Jahr 2021 verpflichteten sich mehr als 130 Länder in einem von der OECD vermittelten Abkommen zu einer

gemeinsamen Mindeststeuer von 15% für multinationale Unternehmen. Dies zeigt: Innovationen in der internationalen Zusammenarbeit, die lange als naiv idealistisch abgetan wurden, sind zügig umsetzbar. Das Abkommen machte es für die Länder auch einfacher, die technischen und politischen Anforderungen einer globalen Vermögensteuer zu erfüllen.

Die Herausforderung bei Zucmans Vorschlag ist es, das Vermögen von Superreichen zu messen. Die meisten Länder haben allerdings eine Erbschaftsteuer und damit bereits Methoden dafür. Zudem ist ein großer Teil des Reichtums von Milliardär*innen an ihre Vermögenswerte in multinationalen Unternehmen gebunden. Länderspezifische Berichte über diese Firmen könnten darüber mehr Aufschluss geben.

„Die größten Hürden für die globale Vermögensteuer sind geopolitischer Natur. Manche Länder könnten sich weigern, ihre Steuersysteme zu ändern, um einen gemeinsamen globalen Steuerstandard für Milliardär*innen einzuführen.“

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUSWEITEN

Angesichts der Anreize, Vermögen zu unterschlagen, müssen die Länder mehr Informationen austauschen. Dazu trägt der Abbau des Bankgeheimnisses in den vergangenen Jahren bei. Dank der multinationalen Steuer gibt es zudem mehr Transparenz, was verhindert, dass Unternehmensvermögen unterschlagen werden.

Dennoch gilt: Die größten Hürden für die globale Vermögensteuer sind geopolitischer Natur. Manche Länder könnten sich weigern, ihre Steuersysteme zu ändern, um einen gemeinsamen globalen Steuerstandard für Milliardär*innen einzuführen. Beim G20-Gipfel in Rio drohte der argentinische Präsident Javier Milei, jedes Kommuniqué abzulehnen, das die Vermögensteuer beinhaltet. Auch die USA unter Joe Biden äußerten Vorbehalte.

Wichtiger noch: US-Präsident Donald Trump lehnt seit seinem Amtsantritt zu Jahresbeginn das globale multinationale Steuerabkommen der OECD ab. Er drohte damit, Länder abzustrafen, die es einhalten und von US-Unternehmen die Mindeststeuer von 15% verlangen. Trump wird von Tech-Milliardären wie Elon Musk, Jeff Bezos und Mark Zuckerberg unterstützt – und er wird gewiss alles tun, um sich einer globalen Steuer für die Reichsten zu widersetzen.

LINK

Erklärung von Rio de Janeiro der G20-Staats- und Regierungschefs, 2024:

gov.br/planalto/pt-br/media/18-11-2024-declaracao-de-lideres-g20.pdf



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen Denkfabrik in Brasilien.

X: @A_MelloeSouza

INFLATION

Malawi kämpft mit steigenden Preisen für lebensnotwendige Güter

Die steigenden Kosten für lebenswichtige Güter stellen Malawis Bevölkerung vor große Probleme. Viele Haushalte haben mit der hohen Inflation zu kämpfen. In den vergangenen Monaten erschütterten Proteste das Land.

VON CHARLES PENSULO

Seit Jahren befindet sich Malawis Wirtschaft in einer schlechten Lage. Eine schwere Dürre im Jahr 2024 verschärfte das große wirtschaftliche Ungleichgewicht und trug zu wiederholten Ernteausschlägen und hohen Lebensmittelpreisen bei. Laut Weltbank leben 70 % der Bevölkerung in extremer Armut. Die anhaltende Ernährungsunsicherheit erschwert die Armutsbekämpfung. Hinzu kommt, dass weltweit die Preise für Grundnahrungsmittel seit der Invasion Russlands in der Ukraine stark gestiegen sind. Wie andere Länder war Malawi vor dem Krieg stark von Getreideimporten aus der Ukraine abhängig, was es besonders anfällig für globale Lieferengpässe macht.

Die Situation hat zu Wut und Verzweiflung unter den Malawier*innen geführt. Die Preise für essenzielle Lebensmittel wie Mais und Speiseöl sind enorm gestiegen. Straßenverkäufer*innen und Händler*innen fingen an zu demonstrieren. Ein Sack Mais, Grundnahrungsmittel in Malawi, kostet jetzt über 100 000 Kwacha (58 Dollar) – und damit mehr als der monatliche Mindestlohn.

INFLATION, IMPORTE UND INFORMELLE MÄRKTE

Der 27-jährige Stafford Mtanja ist Vater von drei Kindern und kauft regelmäßig auf dem Limbe-Markt in Blantyre ein. „Wir können uns keine drei Mahlzeiten am Tag mehr leisten. Ein



Laib Brot kostet jetzt 2700 Kwacha (1,60 Dollar). Das Einzige, was wir uns noch leisten können, sind Sojastücke mit nur einer Tomate. Tomaten sind zu teuer geworden“, sagt er. Sichtlich erschöpft fügt er hinzu: „Wir überleben mit Gelegenheitsarbeiten, aber egal wie sehr ich mich bemühe, das Geld reicht nicht aus, um meine Familie vernünftig zu ernähren.“

Bertha Bangara-Chikadza, Präsidentin der Economics Association of Malawi (ECAMA), sagt, der anhaltende Mangel an Devisen habe die Lage verschlimmert. Malawi ist auf Importe angewiesen, weshalb es Zugang zu Fremdwährungen benötigt. Doch weil die Nachfrage das Angebot übersteigt, werden Fremdwährungen zunehmend auf dem Schwarzmarkt verkauft – was wiederum die Preise für lebenswichtige Güter in die Höhe treibt. „Die Lücke zwischen den Schwarzmarktpreisen und den Kursen des formellen Finanzsektors hat sich vergrößert, weil die regulären Institutionen nicht in der Lage waren, die hohe Nachfrage nach Devisen zu decken. Die Menschen haben sich stattdessen den informellen Märkten zugewandt“, erklärt Chikadza.

Die Regierung versucht, die Inflation unter Kontrolle zu bringen und die Währung zu stabilisieren. Im Rahmen einer Razzia gegen den illegalen Devisenhandel wurden etwa große Bargeldbeträge von privaten Horter*innen beschlagnahmt.

HOFFNUNG AUF ERHOLUNG DURCH NEUE REFORMEN

Dennoch steht Malawi weiterhin großen Herausforderungen gegenüber. Das Land ist wegen seiner geografischen Lage als Binnenstaat von seinen Nachbarländern abhängig. Im Zuge der jüngsten Gewaltausbrüche in Mosambik wurden zuletzt Handelsrouten unterbrochen und Treibstoffimporte beeinträchtigt, was wiederum Auswirkungen auf die Preise und den Transport hatte.

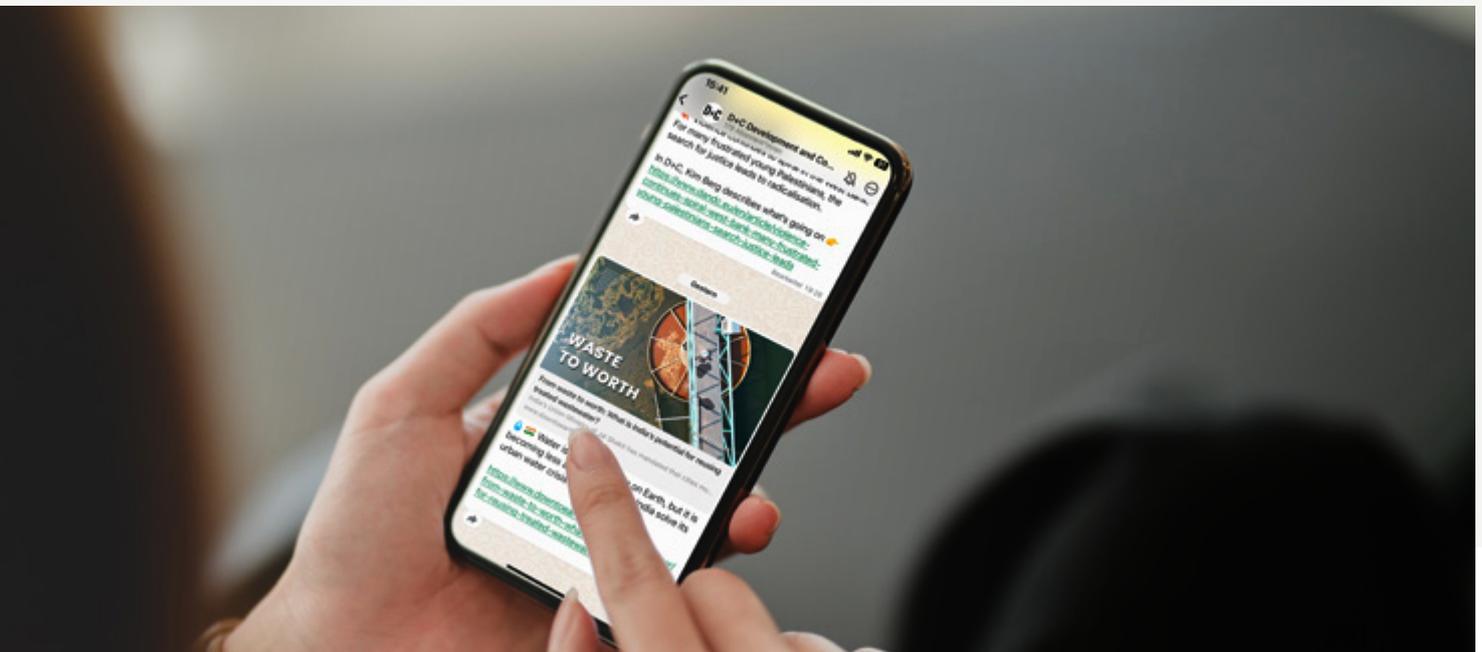
Malawis Finanzminister Simplex Chithyola Banda skizzierte während der Verkündung des Staatshaushalts kürzlich eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft. Dazu gehören unter anderem weitere Bemühungen, den Schwarzmarkt für Währungen zu zerschlagen, die Einfuhr von nicht lebensnotwendigen Gütern zu verbieten, die im Inland produziert werden können, und eine Reihe von Anreizen zur Unterstützung lokaler Unternehmen und zur Produktionsförderung.



CHARLES PENSULO

ist freiberuflicher Journalist und lebt in Lilongwe.

charlespensulo@gmail.com



Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!

ARBEITNEHMERRECHTE

Harte Arbeit für ein besseres Leben



Bild: Ngabonziza Bonfils

Bild "Empty Baskets" des ruandischen Künstlers Ngabonziza Bonfils.
Mehr Informationen zum Künstler finden Sie auf Seite 4.

UNSERE SICHT

Was gute Arbeit ausmacht

Weltweit kämpfen Menschen in prekären Jobs für ein besseres Leben. Ihre Geschichten zeigen, wie wichtig faire Arbeitsbedingungen sind – und internationale Verantwortung.

VON EVA-MARIA VERFÜRTH

Vor vielen Jahren hat mich eine Frau sehr beeindruckt. Damals war ich in Guatemala und wurde zu einer Examensfeier von Krankenpflege-Auszubildenden eingeladen. Unter all den jungen Absolventinnen trug nur eine indigene Tracht. Wie ich erfuhr, war sie Jahre zuvor ohne Geld und Schulabschluss aus ihrem Dorf in die Stadt gekommen, um als Hausangestellte zu arbeiten. Sie hatte nebenher die Schule besucht und schließlich eine Ausbildung abgeschlossen. Bei der Zeremonie hatten ihre Eltern Tränen in den Augen: Ihre Tochter würde ein gutes Auskommen haben.

Viele Hausangestellte in Guatemala – zumeist junge, indigene Frauen – arbeiten bis heute unter prekären Bedingungen: schlecht bezahlt, ohne Absicherung, häufig Opfer von Rassismus und Gewalt. Dennoch nehmen sie die Jobs auf sich, denn sie bieten immerhin eine kleine Chance auf Verbesserung. Weltweit kämpfen Menschen mit geringen Einkommen unter schwierigsten Bedingungen für eine Perspektive, möchten ihre Familien unterstützen oder Kinder in die Schule schicken. Sie migrieren, gründen kleine Unternehmen, arbeiten in Minen, Fabriken oder auf Plantagen. Manche schaffen es, wie die Krankenpflegerin aus Guatemala – viele nicht.

Ob Arbeit eine Chance oder ein Risiko ist, hängt besonders von den Arbeitsbedingungen ab. Das gilt für formelle und informelle Beschäftigung gleichermaßen: Ob Verkäuferin oder Fabrikarbeiter – es macht einen Unterschied, ob ihnen etwas Geld zum Sparen bleibt, ob sie Zeit für Weiterbildung und Erholung haben, ob sie Respekt erfahren und ob sie behandelt werden, wenn sie krank sind. Im Kollektiv können sie solche Dinge eher erreichen: Hausangestellte in Süd- und Mittelamerika vereinen sich länderübergreifend, Frauen aus dem informellen Sektor in Indien tun sich zusammen, und in Bangladesch ist die Textilarbeiter*innen-Gewerkschaft stark. Gemeinsam setzen sie Lohnuntergrenzen oder bauen Mikroversicherungen auf.

Doch ihre Spielräume bleiben begrenzt. Die globale Arbeitswelt ist geprägt von alten Machtverhältnissen. Viel zu oft liefern Länder des Globalen Südens Rohstoffe und günstige Arbeitskraft, während Gewinn und Wertschöpfung im Norden bleiben. Auch die Digitalwirtschaft hat daran nichts geändert: Große Tech-Konzerne lagern zeitintensive Tätigkeiten in Niedriglohnländer aus. Dort sichten Menschen Gewaltvideos oder füttern KI-Systeme mit Informationen – für ein paar Dollar pro Tag, oft ohne Schutz.

Während US-Präsident Donald Trump darin absurderweise eine Benachteiligung für die USA sieht und Arbeitsplätze zurückholen möchte, wächst in Europa ein Bewusstsein für die Bedingungen in Zulieferbetrieben. Seit 2023 verpflichtet das deutsche Lieferkettengesetz Unternehmen, die Bedingungen bei Zulieferern zu prüfen; nächstes Jahr soll die EU-Lieferkettenrichtlinie folgen. Was das Gesetz tatsächlich bewirken kann, bleibt abzuwarten, und hängt maßgeblich von seiner Ausgestaltung ab.

In Kenia muss sich derweil META bereits für die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bei einer Dienstleisterfirma verantworten. Dort klagen Content-Moderator*innen, die traumatisierende Inhalte auf Facebook sichten mussten. Ein Gericht urteilte Ende 2024, dass die Klagen zulässig seien. Den Konzern wird das nicht viel kosten; META hat die Content-Moderation bereits außer Landes verlegt, und den Mitarbeitenden gekündigt. Die Botschaft aber ist deutlich: Auch große Unternehmen sollen Verantwortung nicht mehr einfach auslagern können.



EVA-MARIA VERFÜRTH
ist Chefredakteurin von E+Z.
euz.editor@dandc.eu

INFORMELLER SEKTOR

Stimmen

_____ *Kenia*



_____ *Uganda*

Für unseren Schwerpunkt haben wir Menschen interviewt, die in verschiedenen Ländern im informellen Sektor arbeiten. Sie haben uns von ihrem Leben und ihrer Arbeit erzählt.



Mexiko _____



_____ *Ghana*

„An schlechten Tagen verdiene ich gerade mal genug, um meinen Chef zu bezahlen.“

Baker

Baker ist Motorradtaxifahrer in Kampala. Er zahlt Provision auf seinen Verdienst, weil das Motorrad nicht ihm gehört. Aber die Arbeitslosigkeit in Uganda ist hoch, und er ist froh, überhaupt einen Job zu haben. Er sprach mit Ronald Ssegujja Ssekandi.

Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich heiße Baker Obua und fahre Motorradtaxi, das man hier „boda boda“ nennt.

Wo wohnen Sie?

Ich wohne in Gayaza, einem Vorort von Kampala, der Hauptstadt Ugandas.

Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus?

Ich stehe jeden Tag um halb sechs auf, mache meine Kinder fertig und bringe sie mit dem Motorrad zur Schule. Danach bereite ich mich selbst vor und fahre zum Motorradparkplatz. Dort warte ich mit anderen Fahrer*innen auf Kund*innen. Meist frühstücke ich gegen halb zehn und esse gegen halb zwei zu Mittag – je nach Auftragslage.



Foto: Ronald Ssegujja Ssekandi

Baker mit seinem Motorrad.

Wenn ich lange Strecken fahren muss, mache ich oft erst später Pause oder gar nicht. Gegen halb fünf hole ich meine Kinder von der Schule ab und bringe sie nach Hause. Danach arbeite ich bis etwa neun Uhr, dann mache ich Feierabend und fahre nach Hause.

Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit?

Die Arbeitslosigkeit in Uganda ist hoch, und ich bin froh, überhaupt einen Job zu haben. Ich sehe viel von der Stadt und besuche viele Orte, wenn ich Kund*innen zu ihren Zielen fahre. Dabei komme ich mit den Leuten ins Gespräch. Das gibt mir das Gefühl, Teil ihres Lebens zu sein, und hilft mir, meine Sorgen und Probleme zu vergessen. Und ich kann mir meine Arbeit selbst einteilen. Wenn ich müde bin, ruhe ich mich aus und arbeite später weiter.

Was könnte Ihre Situation verbessern?

Das Motorrad, das ich fahre, gehört meinem Chef. Ich muss ihm täglich eine Provision auf meinen Verdienst zahlen. An schlechten Tagen verdiene ich gerade mal genug, um ihn zu bezahlen, und für mich selbst bleibt nichts übrig. Wenn ich mein eigenes Motorrad hätte, würde mir das sehr helfen.



Foto: Roli Mahajan

Die Person auf dem Bild ist eine Hausangestellte, die in Indien arbeitet. Es ist nicht Reba.

Reba

Reba arbeitet als Haushaltshilfe in Kalkutta. Von dem Geld, das sie verdient, zahlt sie Schulden ab, die sie machen musste, als ihr Mann schwer krank wurde. Außerdem bezahlt sie Nachhilfestunden für ihren Sohn, damit es ihm einmal besser geht. Sie sprach mit Roli Mahajan.

Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich heiße Reba und komme aus einem kleinen Dorf in den Sundarbans südöstlich von Kalkutta. Die Menschen dort sammeln traditionell Honig. Ich lebe aber in Kalkutta, aus verschiedenen Gründen. Mein Mann ist Bauarbeiter. Mein neun Jahre alter Sohn geht in eine öffentliche Schule in der Nähe. Ich arbeite in der Nähe des Flughafens von Kalkutta in etwa acht Haushalten als Haushaltshilfe.

Wo wohnen Sie?

In einem Mietszimmer in Kalkutta, es ist ein einzelner Raum. Bad und Toilette befinden sich im Gemeinschaftsbereich, den ich mit anderen teile. Wenn wir Gäste haben, meine Mutter oder jemanden aus dem Dorf, wird es eng. Aber für drei Personen ist das Zimmer in Ordnung. Wir kochen, essen und schlafen dort.

“Ich möchte nur, dass mein Sohn fleißig lernt und ein besseres Leben hat als ich.”

Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus?

Ich stehe gegen fünf Uhr auf und bereite mein Kind für die Schule vor. Gegen acht Uhr beginne ich im ersten Haushalt zu arbeiten. Ich koche und helfe in der Küche. In manchen Haushalten putze ich auch. Gegen fünf Uhr abends habe ich Feierabend. Dann laufe ich eine halbe Stunde nach Hause, bade mich, versorge meinen Sohn und koche.

Gibt es etwas, das Ihnen an Ihrer Situation gefällt?

Ich weiß es nicht. Vor einem Jahr wurde mein Mann sehr krank. Ich musste mir Geld leihen, um ihn zu pflegen, und habe in der Klinik campiert. Jetzt geht es ihm wieder gut. Im Moment bin ich einfach nur froh, dass meine Familie gesund ist.

Was könnte Ihre Lage verbessern?

Vieles. Ich könnte im Lotto gewinnen und alle informellen Kredite abbezahlen, die ich aufnehmen musste, als ich meinen Mann gepflegt habe und nicht arbeiten konnte. Ich hoffe, mein Sohn lernt gut und kommt nicht in schlechte Gesellschaft. Neben der Schule bekommt er private Nachhilfe, aber ich weiß nicht, ob das reicht. Ich möchte nur, dass er fleißig lernt und ein besseres Leben hat als ich.

Lucy

Lucy verkauft Snacks vor einer Universität in der Nähe der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Sie hat mit nichts als einem Handwagen angefangen und sich inzwischen einen ganzen Stand mit Sitzgelegenheiten aufgebaut. Sie sprach mit Katharina Otieno.

Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich heiße Lucy, bin 29 Jahre alt und Imbissverkäuferin. Ich habe einen kleinen Stand, an dem ich Snacks verkaufe – vor allem Samosas, Würstchen, Eier und Bhajia, das sind gewürzte Kartoffeln. Vor sieben Jahren habe ich mit einem kleinen Handkarren angefangen. Inzwischen habe ich einen Holzstand mit Schild, Sitzplatz und einer Kochmöglichkeit. Der Stand gehört mir, und ich habe eine Angestellte, die mir hilft – eine meiner Schwestern. Das ist auch ihr fester Arbeitsplatz.

Wo wohnen Sie?

Ich wohne hier in der Straße, nicht weit von meinem Stand entfernt. Mein Mann und ich leben mit unserer kleinen Tochter und einer kleinen Schwester von mir in einer Einzimmerwohnung.

Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus?

Ich stehe um vier Uhr früh auf, bete und bereite dann alles für die Samosas vor. Ich koche Mungobohnen und Kartoffeln. Das dauert etwa vier Stunden. Um neun Uhr gehe ich an meinen Stand. Meistens mache ich nicht wirklich Pause. Gegen zehn Uhr abends schließe ich den Stand, bin also spätestens um halb elf zu Hause. Nach dem Abendessen dusche ich und gehe schlafen. Manchmal esse ich selbst zu Abend, manchmal mache ich das Essen auch nur für die

anderen. Ich arbeite täglich außer samstags. Sonntags stehe ich zwei Stunden später auf und öffne meinen Stand erst um elf Uhr.

Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit?

Ich habe diesen Job gewählt, weil Menschen täglich essen. Das ist etwas anderes, als Kleidung zu verkaufen. Die Leute brauchen nicht jeden Tag neue Kleidung. Und die meisten mögen Snacks wie Würstchen oder Eier. Vor allem dort, wo ich bin – mein Stand liegt in der Nähe einer Universität, und meine Hauptkund*innen sind Studierende. Und das Kochen macht mir wirklich Spaß.

Ich verdiene genug, um davon zu leben. Manchmal mache ich Verlust, aber meistens Gewinn. Ich kann mich nicht beklagen. Mein Mann fährt ein Motorradtaxi – mein Einkommen ist etwas verlässlicher als seines.

Allerdings stehe ich nicht gerne so früh auf. Aber das muss sein, um so viel wie möglich zu verdienen. In diesem Bereich gibt es auch viel Konkurrenz. Und wenn die Universität drei Monate lang geschlossen ist, muss ich auch zumachen. Ohne die Studierenden überlebt mein Geschäft nicht. Daher überlege ich, anderswo etwas Kleines zu eröffnen – wenn meine Mittel es erlauben.

Was könnte Ihre Lage verbessern?

Die Regierung erkennt uns Straßenverkäufer*innen nicht an. Die Stadtverwaltung schikaniert uns und will, dass wir Steuern zahlen, obwohl sie weiß, dass wir uns das nicht wirklich leisten können. Ich zahle etwas Steuern, aber sie wollen mehr. Sie nehmen einfach viel Geld.

Sie fordern auch einen Gewerbeschein und eine Krankenversicherung. Das ist zwar richtig, aber niemand von uns hat das Geld für diese ganzen Dinge. Ich bin immerhin krankenversichert und zahle ins staatliche Versicherungssystem ein.

Die Schikane muss aufhören. Die Regierung sollte uns lieber unterstützen und anerkennen. Die Versicherungen sollten weitgehend kostenlos sein, und Genehmigungen und andere Dinge sollten nicht so teuer sein, wenn wir Steuern zahlen sollen.

Bei einem Feuer würde hier alles abbrennen. Mein Stand ist aus Holz. Die Regierung würde keine Entschädigung zahlen, und eine Versicherung kann ich mir nicht leisten. Es gab den Versuch, eine Spar- und Kreditgenossenschaft zu gründen, um uns Verkäufer*innen quasi untereinander zu versichern, aber die Initiator*innen haben aufgegeben. So etwas würde uns aber durchaus helfen. Nur hat niemand die Zeit oder die Kraft, es noch mal zu versuchen.

Photo: ko



Lucy an ihrem Stand.



„Die meisten von uns unterrichten aus Berufung.“

Julia

Julia ist Lehrerin in Kakuma, einem der größten Flüchtlingslager der Welt, im Norden Kenias. Die Südsudanesisin ist dort aufgewachsen. Jetzt arbeitet sie in überfüllten Klassenzimmern für wenig Geld und ohne formellen Arbeitsschutz etwa durch die Teachers Service Commission of Kenya (TSC). Sie sprach mit Alba Nakuwa.

Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich heiße Julia Marko und bin Lehrerin. Ich habe an der Kenyatta University einen Bachelor-Abschluss in Englisch und Literatur gemacht.

Wo leben Sie?

Ich bin im Flüchtlingslager Kakuma aufgewachsen. Nach meinem Studium in Nairobi fand ich als Lehrerin keine Festanstellung; Geflüchtete wie ich bekommen kaum einen Job in Kenia. Also bin ich nach Kakuma zurückgekehrt und unterrichte nun dort an der Blue Light Prince Academy. Das ist eine geberfinanzierte Schule in Kalobeyei, einer Flüchtlingssiedlung nahe dem Lager Kakuma.

Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus?

Ich stehe um fünf Uhr auf, manchmal früher. Vor der Arbeit mache ich den Haushalt. Um sieben Uhr packe ich mein Unterrichtsmaterial ein und nehme ein Motorrad zur Schule, sie liegt in der Nähe meines Zuhauses. Der Unterricht

beginnt normalerweise um acht; die Zeit davor nutze ich, um meinen Tag zu planen. Dann kontrolliere ich, wer anwesend ist. Es sind auch Kinder dabei, die sehr schwierig sind oder Probleme zu Hause haben, und manchmal kommen sie nicht oder nur unregelmäßig zur Schule.

Offiziell endet der Unterricht um drei Uhr. Aber wenn es klingelt, ist meine Arbeit noch nicht getan. Nachmittags korrigiere ich Aufgaben, plane den Unterricht und berate Kinder mit Traumata oder anderen Problemen. Mein Schultag endet offiziell um fünf Uhr.

Meist unterrichte ich zwischen 45 und 60 Kindern, je nachdem, welche Klasse mir zugeteilt wurde. Die Klassenzimmer sind klein, aber wir machen das Beste daraus.

Was gefällt Ihnen an Ihrer Situation?

Ich unterrichte gerne hier im Camp, weil ich weiß, welchen Einfluss Bildung auf das Leben von Menschen haben kann. Ich bin hier aufgewachsen und habe mit eigenen Augen gesehen, was Bildung bewirken kann. Das hat mich dazu inspiriert, Bildung zu nutzen, um etwas zu verändern. Das Camp ist multinational, ich komme also mit Kindern aus verschiedenen Hintergründen und aus unterschiedlichen Kulturen in Kontakt. Wir können viel voneinander lernen.

Ich mag meine Arbeit, aber sie ist herausfordernd. Die meisten Flüchtlingslehrer*innen werden wie Freiwillige bezahlt: Neben der Hilfe, die wir als Geflüchtete erhalten, verdienen wir 60 bis 70 Dollar im Monat. Trotzdem müssen wir sehr viele Kinder unterrichten und auf sie eingehen. Viele ältere Schüler*innen etwa haben keinerlei Bildungshintergrund; auch Sprachbarrieren sind ein Thema. Wir Lehrkräfte müssen Einzelnen viel Aufmerksamkeit schenken, denn nicht alle verstehen, worum es im Unterricht geht.

Leider erkennt die TSC die Camplehrer*innen nicht an, obwohl einige, wie ich selbst, an Hochschulen studiert haben. Ohne Unterstützung des TSC haben wir nicht die gleichen Privilegien wie kenianische Lehrkräfte – etwa bessere Bezahlung, Gesundheitsfürsorge und Wohngeld.

Was könnte Ihre Lage verbessern?

Ich denke, die Vereinten Nationen und die kenianische Regierung müssten gemeinsam dafür sorgen, dass Flüchtlingslehrkräfte anerkannt werden. Sie sollten sie in das nationale Bildungssystem einbeziehen und die Entwicklung des Lehrerberufs im Lager auf politischer Ebene fördern. Die meisten von uns unterrichten aus Berufung und werden immer wieder in diesen Job zurückkehren, trotz aller Herausforderungen. Fänden UN und Regierung eine gemeinsame Lösung, wäre das ein Katalysator für viele Geflüchtete, die sich für den Lehrerberuf interessieren.

Loreto

Loreto ist Fischverarbeiter an der mexikanischen Pazifikküste. Er macht den Job seit mehr als 40 Jahren, muss jetzt aber aufhören – er braucht eine Netzhautoperation, die ihn mehr als einen Jahresverdienst kosten würde. Er sprach mit Pamela Cruz.

Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich heiße Loreto Castillo Crespo und bin 61 Jahre alt. Ich zerlege Fisch, seit ich 14 bin. Vor einem Monat musste ich aber aus gesundheitlichen Gründen aufhören zu arbeiten.

Wo wohnen Sie?

In Rincon de La Playa, San José del Cabo, Mexiko. Mein Beruf hat in meiner Familie Tradition. Meine Eltern und Großeltern haben auch schon Fisch zerlegt. Die Tradition geht weiter. Meine Tochter macht zwar etwas anderes, aber die Söhne meines Bruders haben den Beruf übernommen.

Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus?

Ich habe jahrelang im Filetier-Bereich von La Playa gearbeitet. Dort habe ich den Fisch bekommen, ihn filetiert und für die Kundschaft verpackt. Wer Fisch filetiert, ist auf Trinkgeld angewiesen, und das schwankt stark: An manchen Tagen bekommen wir 100 Pesos (etwa 5 Dollar), an anderen 500 oder sogar 1000 Pesos. Während der Hochsaison von

„Mein Beruf hat in meiner Familie Tradition.“

September bis März gibt es mehr Arbeit und bessere Möglichkeiten, Geld zu verdienen. Aber in der Nebensaison von Mai bis August, wenn fast niemand fischt, ist der Fisch unser Lohn. Wir nehmen ihn mit nach Hause und können so zumindest unsere Familien ernähren.

Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit?

Die Kameradschaft, am Strand zu sein, den ganzen Tag mit den anderen zu verbringen. Wir frühstücken und essen zusammen zu Mittag, verbringen Zeit miteinander und trinken etwas.

Was könnte Ihre Lage verbessern?

Im Gegensatz zu Fischer*innen sind Fischverarbeiter*innen in keiner Genossenschaft. Wir bekommen keine formellen Leistungen wie eine Sozialversicherung oder Zugang zu medizinischer Versorgung. Ich bin der Meinung, dass alle in meinem Beruf in einer Genossenschaft sein sollten. Als Teil einer Genossenschaft könnten wir uns beim Finanzamt anmelden und hätten Anspruch auf staatliche Leistungen, die Fischer*innen bekommen. Ich habe wegen einer Sehbehinderung mit dem Arbeiten aufhören müssen und brauche momentan eine Netzhautoperation. Die kostet aber mehr, als ich in einem Jahr verdiene.

Foto: Mely Beltrán



Hier werden in Rincon de La Playa Fische verarbeitet.

Fouzia

Fouzia arbeitet als Lastenträgerin in Accra. Die Arbeit ist hart, aber ihre Freundinnen, mit denen sie ein Zimmer teilt, geben ihr Kraft. Sie spart auf eine Ausbildung als Friseurin. Sie sprach mit Dasmani Laary.

Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich heiße Fouzia Asinbe und komme aus Kundugu in der Upper West Region von Ghana. Ich bin 19 Jahre alt. In der sechsten Klasse habe ich die Schule aus finanziellen Gründen abgebrochen und bin nach Accra gezogen. Bücher und andere Schulsachen konnten wir nicht kaufen. Wir sind fünf Kinder, zwei Jungen und drei Mädchen, und nach dem Tod meines Vaters musste meine Mutter allein für uns sorgen. Sie ist Bäuerin und baut Mais, Erdnüsse und andere Feldfrüchte an, um uns zu ernähren. Aber die Lage im Norden ist sehr schwierig. Also beschloss ich, in Accra Geld für eine Ausbildung zur Friseurin zu verdienen.

Ich habe mich entschieden, als „Kaya“ zu arbeiten, so nennt man Leute, die Lasten auf dem Kopf transportieren. Freund*innen von mir, die schon länger in Accra waren, sagten mir, das Leben hier sei gut. Das stimmt, aber es ist auch sehr anstrengend. Es ist hart, ständig schwere Lasten zu tragen. Aber ich bin glücklich: Ich kann meine Miete bezahlen sowie Essen und andere Dinge, die ich brauche.

„Wenn du die Lasten nicht trägst, macht es jemand anderes.“

Manchmal bin ich aber auch den ganzen Tag unterwegs, ohne viel oder überhaupt etwas zu verdienen. An einem guten Tag verdiene ich 30 bis 50 Cedis (etwa zwei bis drei Dollar). Einen Teil davon gebe ich für Essen aus, den Rest spare ich. Manchmal gibt mir jemand Großzügiges 100 Cedis (etwa sechs Dollar) oder mehr.

Foto: Dasmani Laary



Fouzia trägt eine Last auf dem Kopf.

Wo wohnen Sie?

Wir sind fünf junge Frauen und haben zusammen ein Zimmer gemietet. Darin liegt ein Teppich, darauf schlafen wir auf Matten oder Tüchern. Jede zahlt 70 Cedis (etwa vier Dollar) Miete pro Woche. Die Unterkunft ist gut, wir fühlen uns wohl. In der Nähe gibt es eine öffentliche Toilette und ein Bad. Baden kostet drei Cedis, auf eine private Toilette zu gehen ein bis zwei Cedis.

Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus?

Außer sonntags beginnt jeder Tag gegen zwei oder drei Uhr früh. Dann stehen wir Freundinnen auf und bereiten uns für die Arbeit vor. Wir nehmen unsere Behälter und laufen etwa 40 Minuten zu einem großen Markt. Dort halten wir Ausschau nach Kundschaft. Auf dem Markt ist schon früh viel los.

Wenn jemand meine Hilfe braucht, trage ich die Sachen an ihren Bestimmungsort und nehme, was sie mir geben. Wenn du die Lasten nicht trägst, macht es jemand anderes. Also bin ich froh, wenn ich es tun kann.

Deshalb bin ich hergekommen: Wenn du für dich selbst sorgen kannst, bist du nicht auf andere angewiesen oder musst dir einen Freund suchen. Die Arbeit ist hart, aber ich arbeite mich langsam hoch, um über die Runden zu kommen. Ich führe Buch über das Geld, das ich spare.

Wir sind oft in Gruppen unterwegs, um uns vor Menschen zu schützen, die Böses im Schilde führen. Wir trennen uns erst, wenn wir am Markt sind. Ich arbeite den ganzen Tag, und wenn ich müde bin, ruhe ich mich an einem schattigen Plätzchen aus. Gegen halb fünf oder fünf Uhr treffen wir uns wieder und gehen nach Hause. Dort sitzen wir zusammen und unterhalten uns, erzählen uns von den Erlebnissen des Tages und tauschen Erinnerungen an zu Hause aus.

Was gefällt Ihnen an Ihrer Situation?

Das Leben in Accra ist nicht leicht, aber ich bin glücklich. Meine Freundinnen sind immer für mich da, besonders wenn ich in Geldnot bin. Wenn ich krank bin und nicht arbeiten kann, geben sie mir Geld für Medikamente. Manchmal ist es sogar schwierig, Essen zu kaufen. Auch wenn es nicht gut läuft und wir kein Geld haben, treffen wir uns, um über das Leben zu sprechen und miteinander zu lachen. In diesen

Momenten liegt das Glück. Wir fühlen uns als Einheit. Ich liebe es, die Geschichten zu erzählen, wie wir zu Hause miteinander gespielt und uns dann wiedergetroffen haben.

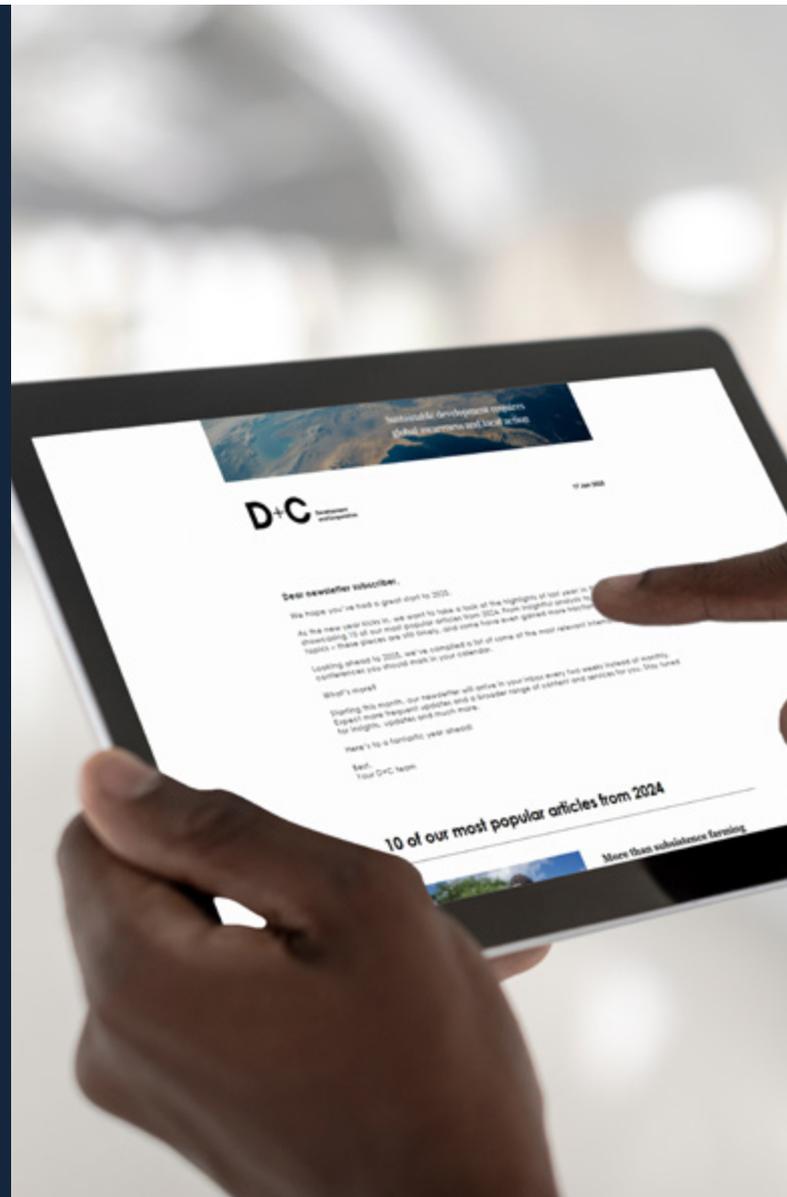
Was könnte Ihre Lage verbessern?

Einmal war ich in einer schwierigen Situation. Auf der Suche nach Kundschaft fuhr mich fast ein Auto an. Ich wich aus und stieß mit einer Frau zusammen, die Eierkisten trug. Sie fielen zu Boden. Die Frau hielt mich fest und schwor, sie würde mich erst loslassen, wenn die kaputten Eier bezahlt seien. Als ich weinte, kam ein Mann und gab ihr das Geld.

Manche behandeln uns Kayayei, als wären wir keine Menschen. Sie beleidigen uns und sagen Sachen wie: „Dreckiges Mädchen, du badest nicht!“ Mir ist das egal, weil ich weiß, wofür ich kämpfe. Andere behandeln uns wie ihre eigenen Kinder und geben uns Geschenke und Geld.

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die [deutsche Version](#) oder [die englische](#).



TECHNOLOGIE

Wie KI Menschen ausbeutet

Künstliche Intelligenz (KI) wird oft als Treiber für Innovation und Fortschritt gesehen. Hinter den versprochenen Vorteilen verbirgt sich jedoch in der Realität Ausbeutung, insbesondere in Afrika. Da ein Großteil der Arbeitskräfte auf dem Kontinent bereits mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert ist, vertiefen KI-Lieferketten die Ungleichheiten weiter. Der Mangel an Transparenz und die unzureichende Regulierung machen deutlich, dass das Arbeitsrecht in diesem sich rasch entwickelnden technologischen Bereich dringend gestärkt werden muss.

VON FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN UND AZZA MUSTAFA BABIKIR AHMED



Foto: dpa / AA / Augustin Wamenya

In der DR Kongo arbeiten auch Frauen und Kinder in illegalen Kobaltminen. Ohne Kobalt und andere Rohstoffe, die für die Hardware benötigt werden, gäbe es keine KI.

In Kenia standen vor rund zwei Jahren tausende Menschen Schlange, um kostenlose Krypto-Tokens von Worldcoin zu erhalten – einem Projekt, das vom US-Tech-Unternehmer und OpenAI-CEO Sam Altman mitbegründet wurde. Im Gegenzug mussten sie einem Iris-Scan zustimmen. Die kenianische Regierung hat das Vorgehen schließlich gestoppt.

Ebenfalls in Kenia wurde die nigerianische TikTok-Content-Moderatorin (siehe Box) Ladi Anzaki Olubunmi tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Berichten zufolge wurden ihre wiederholten Urlaubsanträge abgelehnt, obwohl Teleperformance – der Subunternehmer, der TikToks Content-Moderation übernimmt – diese Behauptungen als falsch zurückwies.

Unterdessen fördern in der Demokratischen Republik Kongo Bergleute unter gefährlichen Bedingungen seltene Erden. Viele von ihnen, darunter auch Kinder, arbeiten in illegalen Kobaltminen und sind giftigen Chemikalien ohne jegliche Schutzausrüstung ausgesetzt.

Gemeinsam haben all diese Menschen, dass sie Teil der Lieferketten von KI-Technologien sind.

Eine Lieferkette kann als die Abfolge von Prozessen beschrieben werden, die mit der Herstellung und Lieferung eines Produkts oder einer Dienstleistung an Verbraucher*innen verbunden sind. In der Regel geht es dabei um die Rolle von Rohstoffen, die Herstellung und Produktion und schließlich um Vertrieb und Verkauf sowie die mit dem Endprodukt verbundenen Dienstleistungen. Wenn wir jedoch über die Lieferkette für KI-Technologien (wie große Sprachmodelle, Algorithmen oder selbstfahrende Autos) sprechen, übersehen wir oft die Zusammenhänge, die über die Datensammlung und -analyse hinausgehen. Wir ignorieren die miteinander verbundenen Phasen der KI-Entwicklung, die von der Gewinnung der für die Hardware benötigten Rohstoffe bis zur Bereitstellung der Technologie und ihrer Nutzung reichen.

Afrika ist nach wie vor ein Kontinent, auf dem die Arbeitsmärkte von Informalität geprägt sind. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation arbeiten 83 % der Beschäftigten im informellen Sektor. Im Zusammenhang mit KI-Lieferketten werden prekäre, informelle oder ausbeuterische Arbeitsbedingungen aber selten ausdrücklich erwähnt. Hierin zeigt sich ein idealisiertes Verständnis davon, wie Lieferketten in der Praxis funktionieren. Das ist allerdings nicht neu oder einzigartig für KI – diese Art von Arbeit wird im Allgemeinen selten sichtbar oder problematisiert.

Wir brauchen ein klares Verständnis der spezifischen Herausforderungen, mit denen Arbeiter*innen entlang der KI-

Lieferkette konfrontiert sind, und eine explizite Untersuchung der Frage, inwieweit KI-Systeme von der Ausbeutung von Menschen abhängen. Darüber hinaus ist es wichtig, Arbeiterbewegungen zu unterstützen, die hier bereits für bessere Bedingungen kämpfen.

AUSBEUTERISCHE DIMENSIONEN

Das Ausblenden der ausbeuterischen Dimensionen der KI-Lieferkette spiegelt wider, dass es generell an Informationen über informelle, prekäre oder missbräuchliche Arbeitsbedingungen mangelt, etwa in den Bereichen:

- Mineralienabbau für KI-Hardware, oft verrichtet von Arbeiter*innen unter gefährlichen, unregulierten Bedingungen,
- Content-Moderation, ausgelagert an prekär beschäftigte Arbeiter*innen, die psychischen Belastungen mit wenig Unterstützung ausgesetzt sind,
- Datenerfassung, bei der private Informationen ohne angemessene Zustimmung oder Schutz gesammelt und monetarisiert werden, und
- Plattform-Wirtschaft, etwa im Fall von Fahrdienst-Plattformen wie Uber und Bolt, auf denen Fahrer*innen intransparenten Algorithmen ausgesetzt sind und keine regelmäßigen Einnahmen haben.

„Die rasche Digitalisierung verändert Arbeit und Gesellschaft weltweit.“

KI gilt oft als ein Mittel des Fortschritts. In zahlreichen Berichten werden die Vorteile angepriesen, ohne Auswirkungen auf Umwelt und Lebensgrundlagen zu betrachten. Auch ihre Rolle bei der Vertiefung von Ungleichheiten und der Aushöhlung sozialer Verträge wird nur selten hinterfragt. Dieser unkritische Optimismus verschleiert die tatsächlichen Kosten von KI-gesteuerten Systemen und lenkt die Aufmerksamkeit weg von der prekären Arbeit und den systemischen Ungerechtigkeiten, die sie aufrechterhalten.

Tatsache ist, dass KI-Lieferketten nicht den Interessen benachteiligter Arbeiter*innen dienen, sondern ebenfalls den Regeln des Marktes unterworfen sind – mit wenig Rücksicht auf sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Gerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit. Die unaufhörliche

Gier nach Profit – ohne Schutzmaßnahmen beim Einsatz neuer Technologien – hat nicht nur bestehende soziale Ungerechtigkeiten verschärft, sondern auch neue Formen der Ausbeutung erschaffen.

Die rasche Digitalisierung verändert Arbeit und Gesellschaft weltweit. Da Arbeiterbewegungen an Schwung verlieren, müssen wir uns fragen, wie Arbeiter*innen in sich entwickelnden KI-Lieferketten bessere Arbeitsbedingungen, faire Löhne und verlässliche Versicherungen sicherstellen können. Ohne systemische Veränderungen und stärkeren Schutz droht die Arbeitswelt in Zukunft noch prekärer zu werden, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent.

MOBILISIERUNG UND GESETZGEBUNG

Drei zentrale Ansätze können dazu beitragen, die Rechte der Arbeiter*innen in der KI-Lieferkette zu verteidigen: Mobilisierung, Durchsetzung bestehender Gesetze und neue Gesetzgebung.

Soziale Mobilisierung ist in Afrika nach wie vor ein kraftvolles Instrument. Wenn Arbeiter*innen gegen prekäre Arbeitsbedingungen vorgehen, benötigen sie allerdings Unterstützung von staatlichen Institutionen, die Arbeitsrechte über Unternehmensinteressen stellen.

Während KI selten direkt in afrikanischen Arbeitsgesetzen behandelt wird, erkennen bestehende Gesetzgebungen auf dem Kontinent bereits die Bedeutung von Arbeiterrechten an – beispielsweise in der Abidjan-Erklärung von 2019. Allerdings besteht ein Unterschied zwischen einer Erklärung und der tatsächlichen Rechenschaftspflicht von Unternehmen und Staaten. Afrikanische Länder müssen ihre Mechanismen zur Durchsetzung der bereits existierenden Arbeitsgesetze verbessern.

Zusätzlich müssen Regierungen klare Mandate festlegen, um:

- staatliche Kapazitäten aufzubauen, damit die Auswirkungen von KI auf ihre Bevölkerungen bewertet und verstanden werden,
- Datenrechte und den Schutz der Privatsphäre zu regeln – so wird sichergestellt, dass Daten von Bürger*innen geschützt sind und Unternehmen ihren Verpflichtungen nachkommen,
- Arbeitsgesetze an neue Arbeitsformen anzupassen, um Dienstleister*innen zu schützen, die für ihren Lebensunterhalt auf KI-gestützte Plattformen oder Tools angewiesen sind.

KI stellt für Afrika, wo viele bereits unter prekären Bedingungen arbeiten, eine neue Form der Ausbeutung dar. Mit fortschreitender Technologie ist es entscheidend, die Rechte und das Wohlergehen der Arbeiter*innen durch Mobilisierung, stärkere Arbeiterbewegungen und die Bildung von Gewerkschaften in den Vordergrund zu stellen. Bestehende Arbeitsgesetze müssen reformiert werden, um den Realitäten der KI-gesteuerten Arbeit gerecht zu werden, während neue Regulierungen erforderlich sind, um Arbeiter*innen in allen Sektoren zu schützen. Ohne solche Maßnahmen werden sich Unternehmen weiterhin beispielsweise durch Outsourcing auf dem Kontinent ihrer Verantwortung entziehen. KI wird dann bestehende Ungleichheiten weiterhin vertiefen, statt eine inklusive Entwicklung zu fördern.

„Dieser unkritische Optimismus verschleiert die tatsächlichen Kosten von KI-gesteuerten Systemen und lenkt die Aufmerksamkeit weg von der prekären Arbeit und den systemischen Ungerechtigkeiten, die sie aufrechterhalten.“



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am African Centre of Excellence for Inequality Research (ACEIR) an der Universität Kapstadt und Mitglied der Forschungsgruppe Comunicación y Democracia an der Universidad del Tolima, Kolumbien. Er beschäftigt sich mit nachhaltiger Entwicklung und der African Agenda 2063.

fabioandres.diazpabon@uct.ac.za



AZZA MUSTAFA BABIKIR AHMED

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für nachhaltige Entwicklung und die African 2063 Agenda am Institute for Humanities in Africa (HUMA) der Universität Kapstadt.

azza.ahmed@uct.ac.za



Content-Moderation

Mercy Mutemi vertritt als Anwältin
ehemalige Content-Moderator*innen.

Menschliche Abgründe sichten – für keine zwei Dollar pro Stunde

In Kenia verklagen derzeit 185 ehemalige Content-Moderator*innen Meta, die Muttergesellschaft von Facebook, WhatsApp und Instagram, und ihre Outsourcing-Firma Sama. Der Vorwurf: Verletzung von Arbeitnehmerrechten. Viele Betroffene sind schwer traumatisiert.

VON ALBA NAKUWA

Die meisten Facebook-User*innen dürften beim Scrollen nicht auf Obszönitäten stoßen – weil es Menschen gibt, die ihr Geld damit verdienen, solche Inhalte zu sichten und zu löschen. Sie riskieren dafür ihre psychische Gesundheit. Unter Zeitdruck und für wenig Geld entfernen Content-Moderator*innen die schlimmsten Videos von Gewalt, Missbrauch, Hassrede und weiteren Inhalten, die gegen Metas Community-Standards verstoßen.

Im Februar 2022 veröffentlichte das Time Magazine die Geschichte von Daniel Moutang. Der ehemalige Sama-Angestellte war entlassen worden, weil er eine Gewerkschaft gründen und streiken wollte, um gegen die Ausbeutung der Mitarbeiter*innen und niedrige Löhne anzugehen. Laut Artikel verdienten Sama-Beschäftigte in Kenia bei einer 45-Stunden-Woche netto etwa 1,46 Dollar pro Stunde.

Nachdem Moutang „Facebooks afrikanischen Ausbeuterbetrieb“ – so die Schlagzeile des Time Magazine – öffentlich gemacht hatte, berichteten immer mehr Content-Moderator*innen, sie seien im Job zusammengebrochen, etwa wenn sie sehen mussten, wie ein Mann in einem Video zerstückelt wurde. Raum gab es dafür keinen: Ungeachtet ihres psychischen Ausnahmezustands beorderten ihre Vorgesetzten sie wohl direkt wieder an die Bildschirme zurück.

Ian Kanyanya, Leiter der psychiatrischen Abteilung des Kenyatta National Hospital, diagnostizierte bei 144 Mitarbei-

tenden eine posttraumatische Belastungsstörung. Er dokumentierte, dass die von ihm untersuchten Content-Moderator*innen regelmäßig extreme Inhalte sehen mussten, darunter Videos von (Selbst-)Morden, Selbstverletzungen, Sex und Kindesmissbrauch.

META BESTREITET VORWÜRFE

Seit einer Grundsatzentscheidung des kenianischen Berufungsgerichts im September 2024 dürfen die Betroffenen vor den Arbeitsgerichten des Landes gegen Menschenrechtsverletzungen durch Meta klagen. Die kenianische Anwältin Mercy Mutemi vertritt einige ehemalige Content-Moderator*innen von Meta. Sie schrieb Anfang April in Al Jazeera, dass die Betroffenen von Sama eingestellt worden seien und von 2019 bis 2023 ausschließlich als Content-Moderator*innen für Facebook, Instagram, WhatsApp und Messenger gearbeitet hätten. Meta streitet dies ab und sagt, sie seien ausschließlich bei Sama (mit Hauptsitz in San Francisco) angestellt gewesen.

Dank Outsourcing bleiben große Technologieunternehmen oft rechtlich unbelangt. Die kenianische Polit-Analystin und Bürgerrechtsaktivistin Nerima Wako-Ojiwa forderte auf CBS News, die Arbeitsgesetze zu reformieren und digitale Arbeit anzuerkennen (siehe Hauptartikel) – nicht nur in Kenia. „Wenn wir anfangen, uns für Arbeitnehmerschutz einzusetzen, machen viele dieser Unternehmen ... dicht und ziehen in ein Nachbarland um“, sagte sie dem US-Nachrichtensender.



ALBA NAKUWA

ist freie Journalistin aus dem Südsudan und lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com

INFORMELLER SEKTOR

Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen

Eine Gewerkschaft für informell Erwerbstätige – das muss kein Widerspruch sein. Seit über 50 Jahren geben sich Frauen in Indien gegenseitig Absicherung und erkämpfen sich bessere Arbeitsbedingungen. Ihre aktuelle Herausforderung: der Klimawandel.

VOM SEWA-REDAKTIONSTEAM

Überall in Indien beginnen Millionen von Frauen ihren Tag schon vor dem Morgengrauen. Sie stellen ihre Waren bereit, bestellen Felder oder bauen Marktstände auf. Obwohl sie viele Stunden arbeiten, verdienen sie kaum genug, um ihre Familien zu ernähren. In Indien sind fast 90 % der Erwerbstätigen informell beschäftigt. Sie sind das Rückgrat der indischen Wirtschaft – und bleiben doch unsichtbar und ungehört.

Da sie nicht bei den Behörden gemeldet sind, erhalten sie auch keine staatliche Unterstützung wie Krankenversicherung oder Mutterschaftsgeld. Banken nehmen sie nicht gern als Kundinnen auf, und so sind informell Erwerbstätige, wenn sie eine Finanzierung benötigen, auf ausbeuterische Geldverleiher angewiesen. Der Klimawandel verschärft ihre Probleme noch zusätzlich – unregelmäßige Monsunregen, Überschwemmungen und extreme Hitze



Gemeinschaftlich entscheiden und handeln: Abstimmung bei einer SEWA-Sitzung.

gefährden ihr Geschäft und ihre Lebensgrundlage. Sie leben in einem Land, in dem es Arbeitskräfte im Überfluss gibt, Beschäftigungsmöglichkeiten aber rar sind.

Dennoch ist die Geschichte der Frauen, die im informellen Sektor Indiens arbeiten, nicht nur eine von wirtschaftlichen Schwierigkeiten: Sie ist auch eine Geschichte von Mut, Widerstand, Einigkeit und Entschlossenheit. Seit mehr als 50 Jahren schließen sich Frauen zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen. 1972 gründete die Anwältin und Gewerkschafterin Ela Bhatt die „Self Employed Women's Association“ (SEWA). Sie ist zu einer großen Bewegung selbstständiger Frauen in der informellen Wirtschaft geworden. Heute hat SEWA über 3,2 Millionen Mitglieder in 18 indischen Bundesstaaten sowie eine wachsende Basis in den Nachbarländern Bhutan, Sri Lanka und Nepal. Ihr Ziel: Gemeinsam ihre Zukunft neu zu gestalten, indem sie sich für Arbeitsrechte, sichere Einnahmen und Klimaresilienz einsetzen.

DAS GEHEIMNIS DES ERFOLGS IST KOLLEKTIVES HANDELN

Alle SEWA-Aktivitäten sind von gemeinschaftlichem Handeln geprägt. Frauen aus ähnlichen Branchen und Orten schließen sich in Kollektiven zusammen, damit sie effektiver für ihre Rechte eintreten können. Als Kollektiv haben sie eine stärkere Stimme, um sich an die Politik zu wenden oder Unterstützung von Spender*innen und Unterstützer*innen einzufordern.

SEWA erhält Mittel von indischen und internationalen Gebern, ist aber auch auf die Mitgliedsbeiträge der beteiligten

Frauen angewiesen. Wofür das Geld ausgegeben wird, entscheiden die Frauen selbst. Die lokalen Gruppen identifizieren die Probleme, die sie am meisten beeinträchtigen, und werden aktiv.

Die Themen der SEWA-Aktionen sind so unterschiedlich wie ihre Mitglieder. Dennoch muss jede Initiative an einigen übergeordneten Prinzipien ausgerichtet sein: Sie muss darauf abzielen, die Beschäftigungsmöglichkeiten, Einkommen oder das Eigentum von Frauen abzusichern oder zu vergrößern sowie den Zugang zu Nahrung, Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung und sanitären Einrichtungen zu sichern oder zu verbessern. Die Projekte sollen das Kollektiv stärken, Bildung und Führungsqualitäten der Frauen ausbauen und ihre Unabhängigkeit sichern.

Eine der jüngsten Initiativen von SEWA heißt „Pakki Bheet“ („solide Ziegelsteinwand“). Im August 2024 hatten starke Regenfälle zu massiven Überschwemmungen in der Provinz Gujarat geführt. Dutzende Menschen starben, Zehntausende mussten evakuiert werden. Da viele SEWA-Mitglieder ihre Häuser verloren hatten, rief die Organisation ein Unterstützungsprogramm ins Leben: SEWA ermöglichte ihren Mitgliedern dauerhaften und erschwinglichen Wohnraum unter einer Bedingung – im Grundbuch sollte das jeweilige SEWA-Mitglied selbst als Besitzerin eingetragen sein, nicht ein anderes männliches Familienmitglied.

Das Programm wurde von der Regierung des Bundesstaats Gujarat finanziert. SEWA beauftragte Architekt*innen und

SEWA-Mitglieder sind in ganz unterschiedlichen Branchen tätig: eine Salzbauerin in Surendranagar, Indien.



Bauexpert*innen mit der Planung der Häuser, außerdem schulte sie die interessierten SEWA-Mitglieder in Maurer-, Bau-, Klempner- und Tischlerarbeiten, sodass sie ihre Häuser selbst bauen konnten. Daraufhin haben sich Frauen in den besonders betroffenen Distrikten Surendranagar und Kutch rund 6000 neue Häuser gebaut. Einige der Frauen haben ihre neuen Fertigkeiten sogar zu ihrem Job gemacht: Sie arbeiten nun als Maurerinnen, Klempnerinnen oder Tischlerinnen und bieten ihre Dienstleistungen in den Dörfern in der Umgebung an.

Die SEWA-Gemeinschaft setzt sich seit Jahrzehnten für eine Form des Minimaleinkommens für informell Beschäftigte ein, da viele von ihnen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn verdienen. In so unterschiedlichen Arbeitsbereichen wie Hausarbeit, Landwirtschaft und Bauwesen können gemeinsame Lohnverhandlungen etwas bewirken. Die SEWA-Mitglieder versuchen auch, gemeinsam die Preisgestaltung auf den lokalen Märkten zu beeinflussen oder sich für Mindeststückpreise einzusetzen. Darüber hinaus bemühen sie sich um den Aufbau sozialer Sicherungssysteme. So bieten einige Kooperativen ganztägige Kinderbetreuung für Fabrik- und Landarbeiterinnen an. Diese wird von Frauen aus dem Ort betrieben und durch Spenden aus der Gemeinde sowie staatliche und private Zuschüsse finanziert. Andere Gruppen haben lokale Gesundheitszentren eingerichtet. Dort bieten Frauen, die zuvor in nahegelegenen Krankenhäusern Grundlagen wie Blutdruck-, Fieber- und Vitalzeichenmessung erlernt haben, medizinische Basisleistungen an.

„Informell Erwerbstätige müssen oft auf Geldverleiher zurückgreifen, die extrem hohe Zinssätze verlangen.“

Im Jahr 1974 gründeten etwa 4000 SEWA-Mitglieder die Shri Mahila SEWA Sahakari Bank. Sie bietet Kredite und Bankdienstleistungen zu günstigeren Zinssätzen an. Da es für informell Erwerbstätige schwierig ist, Unterstützung von regulären Banken zu erhalten, müssen sie oft auf Geldverleiher zurückgreifen, die extrem hohe Zinssätze verlangen.

Darüber hinaus haben SEWA-Mitglieder eigene Unternehmen gegründet, die ihnen den Marktzugang erleichtern. So gründeten beispielsweise in den 1990er-Jahren mehr als 30.000 Abfallsammlerinnen in der Stadt Ahmedabad

eine lokale Genossenschaft und wenige Jahre später, 1995, die Shri Gitanjali Mahila SEWA Industrial Stationery Producers Cooperative Ltd. Das Unternehmen gehört seinen Mitgliedern und wird von ihnen geführt. Es stellt Schreibwaren aus recyceltem Abfall her, die von den Mitgliedern des Kollektivs, allesamt lokale Abfallsammlerinnen, gesammelt wurden. Ein anderes Beispiel ist RUDI, ebenfalls ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen, dessen Verkäuferinnen die Produkte von Kleinbäuerinnen vertreiben.

DAS DRÄNGENDSTE PROBLEM: SICH VOR DEM KLIMAWANDEL SCHÜTZEN

Anlässlich des 50-jährigen Gründungsjubiläums von SEWA im Jahr 2022 beschlossen die SEWA-Mitglieder gemeinsam, sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Gesundheit, ihren Lebensunterhalt, ihre Ernährung und ihr Wohlergehen auseinanderzusetzen. Sie starteten die Kampagne Swach Aakash („saubere Himmel“), um sich an den Klimawandel anzupassen und Klimarisiken zu verringern. So haben einige Frauen begonnen, grüne Technologien wie Biogasanlagen und Kühldächer zu installieren – als Teil der „Hariyali Gram“-Initiative („Grüne Dörfer“) –, während andere auf regenerative Landwirtschaft umschwenken, Bodensanierung betreiben und organische Düngemittel einsetzen. Diese Initiative heißt „Kheti Jhumbesh“ („Landwirtschaft“).

Darüber hinaus haben sie zwei Mikroversicherungsprogramme ins Leben gerufen: Der „Livelihood Recovery and Resilience Fund“ bietet Finanzierungslösungen für die Anpassung an und Minderung von Klimarisiken, während die „Extreme Heat Income Microinsurance“ die versicherten SEWA-Mitglieder mit einem Tageslohn entschädigt, wenn die Temperaturen einen bestimmten Schwellenwert überschreiten. Beides sind parametrische Versicherungen: Die Versicherten müssen keinen Antrag stellen, um eine Zahlung zu erhalten. Jede versicherte Frau zahlt jährlich einen kleinen Betrag ein und erhält automatisch direkte Bargeldhilfe, wenn die Temperaturen steigen oder Naturkatastrophen eintreten. Die Versicherungsprogramme sind schnell gewachsen: 2024 waren bereits 50.000 informell Beschäftigte versichert, darunter unter anderem Bäuerinnen und Müllsammlerinnen.

SELF EMPLOYED WOMEN'S ASSOCIATION (SEWA)

ist eine Gewerkschaft für Frauen, die in Indiens informellem Sektor arbeiten.

mail@sewa.org

INFORMELLER SEKTOR

Wie eine Gemeinschaftsbank bei Klimarisiken hilft

Der Klimawandel setzt die Landwirtschaft in Indien unter Druck. Die „Self Employed Women’s Association“ (SEWA), eine Gewerkschaft für Frauen, die im informellen Sektor arbeiten, hat Initiativen gestartet, um Frauen in der Landwirtschaft zu unterstützen und die Klimarisiken abzufedern.

VOM SEWA-REDAKTIONSTEAM

Unbeständiges Wetter hat ihre Existenzgrundlage zerstört: Bhavanben Rathod ist eine Landwirtin aus dem Dorf Naga na Math im indischen Gujarat. Mehrere extreme Wetterereignisse reduzierten ihre Ernteerträge und die Milchproduktion so drastisch, dass sie in den Jahren 2017 bis 2019 in große finanzielle Not geriet. Als Mitglied von SEWA, der Self Employed Women’s Association, suchte sie dort Hilfe.

SEWA ist eine Gewerkschaft für Frauen im informellen Sektor – ein Zusammenschluss von Frauen, die gemeinsam für die Sicherung und Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen kämpfen. Die SEWA-Gemeinschaft hat eine Reihe von Unterstützungsangeboten für ihre Mitglieder geschaffen, darunter auch eine Gemeinschaftsbank. Sie gehört den Mitgliedern der Kooperative und ist als solche nicht gewinnorientiert. Sie bietet Finanzierungslösungen zu wesentlich besseren Konditionen als jeder private Kreditgeber. Die SEWA-Bank bot Bhavanben einen Kredit in Höhe von 100.000 indischen Rupien (rund 1170 Dollar) zu einem monatlichen Zinssatz von 1,5 Prozent an – ein großer Unterschied zu den 12 %, die lokale Geldverleiher normalerweise verlangen. Sie investierte in eine Präzisionspumpe und begann zusätzlich, Gemüse anzubauen, um stabilere Einnahmen zu haben. Ihr Einkommen stieg, und mit der Zeit konnte ihre Familie von einer Strohhütte in ein gemauertes Haus umziehen.

Bhavanben hatte darüber hinaus aber auch damit zu kämpfen, dass sie mit Feuerholz kochte. Sie musste stundenlang Holz sammeln und war Gesundheitsrisiken ausgesetzt. SEWA machte sie mit Biogasanlagen vertraut, und trotz anfänglicher Bedenken installierte sie eine Anlage. Diese produziert nun genug Gas, um für zehn bis 15 Personen zu kochen, und braucht dafür nur Kuhdung und Wasser. Bhavanben muss kein Feuerholz mehr sammeln oder

teures Flüssiggas kaufen. Außerdem nutzt sie den verbleibenden Dung als organischen Dünger, wodurch ihre Ernte steigt und sie mehr verdient.

© SEWA



Mit Unterstützung von Sewa haben diese Bäuerinnen Solarpanel installiert, um Strom für ihre Präzisionspumpen zu erzeugen.

SELF EMPLOYED WOMEN’S ASSOCIATION (SEWA)

ist eine Gewerkschaft für Frauen, die in Indiens informellem Sektor arbeiten.

mail@sewa.org

ARBEITSMIGRATION

Aus Afrika an den Golf

Ausländische Arbeitskräfte stellen einen Großteil der Erwerbsbevölkerung in den Golfstaaten dar. Immer mehr Menschen kommen dabei aus Afrika nach Riad, Doha oder Dubai. Ihre Erfahrungen sind vielfältig und reichen von Gewalt und Diskriminierung bis hin zu finanzieller Unabhängigkeit und persönlicher Entfaltung. Wir haben mit zwei Personen gesprochen, die von Kenia aus in Richtung Golfstaaten aufgebrochen sind.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO UND ALBA NAKUWA

Wie so oft brauchte es ein sportliches Großereignis, um genügend Aufmerksamkeit für eklatante Missstände zutage zu fördern. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Katar vor drei Jahren schaute die Welt in Stadien, die laut Amnesty International teilweise unter zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen errichtet wurden.

In den allermeisten Fällen waren es Migrant*innen, die dort arbeiteten – und deren Arbeitsbedingungen waren bereits vor der WM zum Teil desolat. Wie Human Rights Watch berichtet, kamen im Jahr 2019 schätzungsweise 95 % der Er-

werbsbevölkerung Katars aus dem Ausland. Das entspricht der Lage in der gesamten Region: Laut Economic Research Forum stellten ausländische Arbeitskräfte in den Golfstaaten im vergangenen Jahr fast 70 % der Arbeitnehmerschaft.

Die Arbeiter*innen kommen aus der ganzen Welt. Gleichzeitig wächst der Anteil afrikanischer Arbeitsmigrant*innen, besonders im Niedriglohnssektor (Bau, Sicherheit, Hausarbeit, Gastronomie) seit Jahren – und mit ihm auch die Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Pässe werden von Arbeitgeber*innen einbehalten, Löhne nicht ausgezahlt, und Nahrungs- oder Freiheitsentzug wird als Bestrafung eingesetzt. Insbesondere Frauen, die häufig Anstellung als Haushaltshilfen finden, schildern auch körperliche und sexuelle Gewalt. Einem Bericht der New York Times zufolge starben in den letzten fünf Jahren allein in Saudi-Arabien 274 kenianische Arbeiter*innen, die meisten von ihnen Frauen. In Kenia erscheinen regelmäßig Zeitungsberichte, wenn Familien ihre Angehörigen am Flughafen Nairobi in Särgen aus den Maschinen der Golf-Fluggesellschaften entgegennehmen.

Katar erreichte im Labour Rights Index 2024 nur einen Score von 47 („total lack of access to decent work“) und zählt somit zu den neun Ländern mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen weltweit. Aber auch die Vereinigten

Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Kamran Jebreili



Gastronomie-Jobs sind unter afrikanischen Migrant*innen begehrt: ein Kellner in einem Café in Dubai.

Arabischen Emirate (VAE) liegen nur bei 55,5 („basic access to decent work“).

Es sagt einiges über die Lebensbedingungen in afrikanischen Staaten aus, dass immer mehr Menschen sich trotzdem entscheiden, einen Neuanfang am Persischen Golf zu wagen. Wie viele Afrikaner*innen genau dort arbeiten, lässt sich nur schätzen, da viele temporär oder irregulär beschäftigt sind und nicht alle bei den Botschaften registriert werden.

Kenia gehört in allen Golfstaaten zu den Ländern, aus denen die meisten afrikanischen Arbeiter*innen stammen. Der kenianische Kabinettschef Musalia Mudavadi sprach im vergangenen Jahr von mehr als 400.000 Kenianer*innen, die dort arbeiten.

E+Z hat mit zwei von ihnen gesprochen. Dabei wird deutlich: Ausbeutungserfahrungen sind nur eine Seite der Medaille. Für viele Afrikaner*innen bedeutet die Migration Aufbruch, Perspektive und Selbstbestimmung. Sie werden jung zu Hauptversorger*innen ihrer erweiterten Familien, verfolgen aber auch ihre eigenen Karriereziele.

„Laut Economic Research Forum stellten ausländische Arbeitskräfte in den Golfstaaten im vergangenen Jahr fast 70 % der Arbeitnehmerschaft.“

Felicitas

Felicitas lebt und arbeitet seit fast zwei Jahren in Dubai. Die 28-Jährige ist dort als Kellnerin in einem Fünf-Sterne-Hotel angestellt. Ursprünglich hatte die Kenianerin andere berufliche Pläne: Sie hat ein Diplom im Bereich Bauwesen und arbeitete nach dem Studium auf einer von der Weltbank unterstützten Baustelle, auf der ein Großmarkt entstehen sollte. Doch die Covid-19-Pandemie veränderte ihren Lebensweg.

Die Baustelle stand monatelang still, und schließlich wurde ihr Vertrag beendet. Ohnehin hatte sie sich dort nie wohlfühlt. Die Bauindustrie sei männlich dominiert, erzählt sie, und der Umgang mit ihren Kollegen sei oft schwierig gewesen: „Ich war Anfang 20, und die Männer wollten sich

nichts von mir sagen lassen.“ Die psychische Belastung sei groß gewesen – verbunden mit der Aussicht, ohne finanzielle Unterstützung nie einen Bachelor abschließen zu können, der in Kenia auf ein Diplom folgt und ohne den beruflicher Aufstieg im Baugewerbe schwer sein würde. So entschied sie sich, Arbeit im Ausland zu suchen.

Zuerst ging sie nach Saudi-Arabien, wo sie fünf Monate für ein Bekleidungsunternehmen arbeitete, das Kaftane herstellt. Das Leben dort sei für sie als Afrikanerin allerdings nur schwer erträglich gewesen: „Ich durfte als Frau nirgendwo allein hin, konnte nicht anziehen, was ich wollte, und war im Prinzip nur im Haus eingesperrt.“ Als dann die Mall, in der sie arbeitete, keine afrikanischen Angestellten mehr auf dem Gelände zuließ und sie von einem Privathaus aus weiterarbeiten musste, entschloss sie sich zur Rückkehr nach Kenia.

Da die Jobaussichten in ihrem Heimatland noch immer düster waren, belegte sie auf Anraten eines Freundes einen Barista-Kurs, der ihr in ihrem neuen Ziel Dubai helfen sollte, Arbeit zu finden. Vor rund zwei Jahren reiste sie in die VAE. Der Visaprozess war damals unkomplizierter als heute. Mit einem zweimonatigen Besuchsvisum hatte Felicitas die Chance, Arbeit zu suchen. Heute würden Menschen aus Afrika strenger kontrolliert, berichtet sie.

Die Lebenshaltungskosten in Dubai sind hoch: In ihren ersten Monaten lebte Felicitas in einem Schlafsaal und bezahlte monatlich rund 100 Dollar Miete für ihr Bett. Inzwischen teilt sie sich eine größere Wohnung mit einer Kollegin – eine Verbesserung, die sie ihrer Festanstellung verdankt. Ohne diese Festanstellung hätte sie auch kein dauerhaftes Visum bekommen. Sie hielt sich zu Beginn mit Kurzzeit-Kellnerjobs über Wasser. Nach jedem Vertragsende drohte dann ihr Visum auszulaufen, und jeder Tag des Visumübertritts wird in den VAE mit einem hohen Bußgeld belegt. Sie habe es geschafft, nur zehn Bußgelder zu zahlen, ehe sie fest angestellt wurde, sagt sie.

Die finanzielle Belastung bleibt jedoch hoch. Felicitas unterstützt ihre Mutter, ihre Schwester und einen Bruder in Kenia unter anderem durch die Übernahme von Schulgeld. „Ich bin jetzt eigentlich die Ernährerin meiner Familie“, sagt sie. Nach Kenia zurückkehren möchte sie nicht dauerhaft. „Ich vermisse mein Land nicht“, sagt sie. Die politische und wirtschaftliche Lage habe sich weiter verschlechtert. Eine Rückkehr könne sie sich zurzeit höchstens für einen Besuch vorstellen – aber dafür fehlt momentan noch das Geld.

Wichtige Unterstützung fand sie durch afrikanische Netzwerke vor Ort: „Wenn jemand hört, dass in seinem Restaurant Personal gesucht wird, sagt er es weiter.“ So entstehen informelle Vermittlungsketten. Der Kontakt zu anderen Na-

tionalitäten sei schwieriger – man lebe oft in getrennten Wohngebieten. Sie berichtet, dass es in Dubai klare gesellschaftliche Trennlinien zwischen den verschiedenen Nationalitäten gibt – sie bezweifelt etwa, jemals überhaupt mit gebürtigen Emiratis Kontakt gehabt zu haben, die an der Spitze der multinationalen Hierarchie stünden.

Ihre Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung sind vielfältig. „Es gibt Momente, in denen ich merke, dass die Menschen mich nur als billige Arbeitskraft sehen“, sagt sie. „Will ich in einem Laden zum Beispiel etwas Teures kaufen, werde ich misstrauisch beäugt – und im Bus ist es mir bereits passiert, dass Sitznachbar*innen sich sichtlich die Nase zuhielten, wenn ich mich neben sie setzte.“

Trotz dieser Erfahrungen verfolgt sie ihre Pläne: „Ich möchte nicht für immer Kellnerin sein. Mein Ziel ist es, genug Geld zu sparen, um in Kenia ein Haus zu bauen und ein eigenes Geschäft zu starten – vielleicht im Bereich Mode.“ Auch eine Arbeit auf einem Kreuzfahrtschiff könne sie sich vorstellen: „Ich habe Kenia nicht nur des Geldes wegen verlassen – ich mag es, zu reisen und neue Länder zu entdecken.“

Joseph

Joseph, ein 25-jähriger Kenianer, arbeitet in Doha, Katar – ebenfalls im Gastgewerbe, genauer gesagt in einem Café. Auch er hat eine berufliche Qualifikation: ein IT-Studium, das er bisher jedoch nicht in seine Arbeit einbringen konnte. Die Migration in den Golfstaat sei für ihn ein Versuch gewesen, die eigene berufliche Zukunft neu zu gestalten – und seine Familie finanziell zu unterstützen.

„Ich will meinen Geschwistern helfen und meine Eltern entlasten“, erklärt er. Die Unterschiede zwischen Kenia und Katar seien groß – nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche Chancen, sondern auch kulturell. Die Einhaltung religiöser Vorschriften und die allgemeinen Lebensregeln in Katar hätten ihn anfangs gefordert. Auch die langen Arbeitszeiten seien belastend, ebenso wie der mentale Druck, möglichst viel zu verdienen und zu sparen.

Möglich wurde seine Ausreise durch einen Freund in Kenia, der ihn beim Visaprozess unterstützte. Joseph fordert mehr Transparenz über Visa- und Bewerbungsverfahren. „Viele werden von Agenturen betrogen“, sagt er. Netzwerke habe er in Katar anfangs keine gehabt, er sei auf sich allein gestellt gewesen. Erst nach einigen Fehlschlägen, unter anderem bei Vorstellungsgesprächen für nicht existente Jobs, habe er eine feste Stelle gefunden.

Ob er zurückkehren möchte, lässt Joseph offen. „Kenia ist immer mein Zuhause, und wenn ich an meine Familie den-

ke, werde ich schon emotional“, sagt er. „Ich habe sie seit drei Jahren nicht mehr gesehen.“ Aber das Leben im Ausland habe ihn auch verändert. Eine Rückkehr sei nur dann sinnvoll, wenn er dort eine Perspektive sehe.

„Kenia ist immer
mein Zuhause, und
wenn ich an meine
Familie denke, werde
ich schon emotional.“

Auch Joseph wünscht sich beruflichen Aufstieg – möglicherweise in Richtung Management im Gastgewerbe. Langfristig aber möchte er seine IT-Kenntnisse wieder aufgreifen oder ein eigenes Projekt starten. Die Golfstaaten sind für ihn, ähnlich wie für Felicitas, vor allem ein Ort, um zu sparen und sich auf den nächsten Schritt vorzubereiten.

Sowohl Felicitas als auch Joseph betonen: Die Bezahlung in Katar und den VAE sei ungerecht verteilt. Mitarbeitende aus Afrika erhielten deutlich niedrigere Löhne als Kolleg*innen anderer Kontinente – bei gleicher oder sogar höherer Qualifikation. „Wir sprechen nicht offen darüber, aber der Unterschied ist gewaltig“, sagt Felicitas.

Die Namen wurden von der Redaktion geändert.



ALBA NAKUWA

ist freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu



Foto: dpa / Photoshot

Baumwollernte in Usbekistan an der Grenze zu Turkmenistan.

ZWANGSARBEIT

Bessere Arbeitsbedingungen in der usbekischen Baum- wollindustrie

*Lange zwang der usbekische Staat sowohl Erwachsene als auch Kinder zum Baumwollpflücken. Ein Boykott und internationaler Druck führten zu Reformen, sodass sich die Situation für die Arbeiter*innen verbessert hat. Gleichwohl werden Arbeitsrechte weiterhin nicht konsequent umgesetzt, und es besteht die Gefahr eines Rückfalls.*

VON SHAHIDA TULAGANOVA

Usbekistan ist seit Langem einer der größten Baumwollproduzenten der Welt, die Branche spielt für die Wirtschaft des Landes eine große Rolle. 2023 exportierte Usbekistan Baumwolle im Wert von 1,63 Milliarden Dollar – nach Gold ist sie damit der zweitwichtigste Exportartikel des Landes.

Die als „strategisch“ kategorisierte Baumwollindustrie war seit jeher streng staatlich überwacht. Nach Usbekistans Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 zwang die Regierung die Landbevölkerung – auch Kinder – fast drei Jahrzehnte lang zur Ernte, um die staatlich vorgegebenen Baumwollquoten zu erfüllen. In der Pflücksaison von August bis Dezember mussten Schulkinder monatelang aufs Feld. So wurde ihnen Bildung vorenthalten; stattdessen waren sie ausbeuterischen Bedingungen ausgesetzt.

Menschenrechtsaktivist*innen berichteten jahrelang von weit verbreiteter Zwangsarbeit und missbräuchlichen sowie gefährlichen Arbeitsbedingungen in der usbekischen Baumwollindustrie; von unhygienischen Lebensbedingungen und schweren Verletzungen bei Erwachsenen und Kindern. Die Regierung gab Tagesquoten vor: Erwachsene mussten mindestens 60 Kilogramm ernten, jüngere Kinder etwas weniger. Lokale Behörden, Schulleiter*innen und Lehrer*innen, die keine Arbeitskräfte für die Baumwollernte bereitstellten, wurden bedroht, ihnen wurden Sozialleistungen verwehrt. Für die harte Arbeit bekamen die Baumwollpflücker*innen nur wenig Geld – viele gingen sogar leer aus.

Auch die Bäuerinnen und Bauern hatten es schwer. Die Regierung zwang sie, Baumwolle statt rentablerer Kulturen anzubauen, und legte staatliche Beschaffungspreise unter dem Marktwert dafür fest – um die Baumwolle dann auf dem Weltmarkt gewinnbringend weiterzuverkaufen. Von diesem System profitierte eine kleine Elite, während die Bäuerinnen und Bauern zu kämpfen hatten.

INTERNATIONALER BOYKOTT

Schließlich gründeten usbekische und internationale Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltschützer*innen und Arbeitsrechtsaktivist*innen die Baumwollkampagne (Cotton Campaign) und riefen 2009 zum Boykott usbekischer Baumwolle auf. Mehr als 330 globale Markenunternehmen unterstützten den Aufruf, darunter Adidas, H&M, Levi Strauss und Nike. Sie verpflichteten sich, keine usbekische Baumwolle zu beziehen, solange Zwangsarbeit involviert war. Der Boykott hatte drastische wirtschaftliche Folgen: Viele globale Märkte kauften keine usbekische Baumwolle mehr. Auch Regierungen und Institutionen, darunter die USA und die Europäische Union, veranlassten Restriktionen und forderten Reformen.

Der internationale Druck wirkte. Im Jahr 2014 verbot Usbekistan Kinderarbeit. Weitere Reformen folgten, und 2021 schaffte die Regierung die systematische Zwangsarbeit im Baumwollsektor ab. Ein unabhängiges Monitoring wurde eingeführt, und die Baumwollindustrie wurde teilprivatisiert, um die staatliche Kontrolle zu verringern. Die Baumwollkampagne bestätigte, dass sich die Arbeitsrechte in Usbekistan deutlich verbessert hatten, und hob im März 2022 ihren Boykott auf. Der Fall gilt als erfolgreiches Beispiel dafür, wie internationaler Druck Reformen anstoßen kann.

„Die Regionalbehörden sind nach wie vor nicht bereit, auf Zwangsmittel zu verzichten, und setzen die Bäuerinnen und Bauern weiterhin unter Druck, die Quoten zu erfüllen.“

DRUCK AUF BÄUERINNEN UND BAUERN HÄLT AN

Es bleiben jedoch große Herausforderungen – und Risiken am Arbeitsplatz. „Usbekistan will nach wie vor seine marktfeindlichen Regeln für die Baumwollindustrie nicht ändern. Zentralregierung und Lokalbehörden arbeiten weiterhin nach Quote. Jede Region muss eine bestimmte Menge an Baumwolle produzieren, und Bäuerinnen und Bauern wird Land eigens für den Baumwollanbau zugewiesen“, sagt Umida Niyazova, Direktorin der in Berlin ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisation Uzbek Forum for Human Rights.

Welcher Druck auf den Bäuerinnen und Bauern lastet, zeigte sich in einer Videokonferenz, in der der usbekische Präsidialberater Shukhrat Ganiev den Regionalbeamten drohte: „Es ist mir egal, was Sie tun, aber Sie müssen 11.000 Tonnen Baumwolle liefern. Nehmen Sie das ernst – sonst geht es für Sie und den Regionalgouverneur nicht gut aus.“

Die Regionalbehörden sind nach wie vor nicht bereit, auf Zwangsmittel zu verzichten, und setzen die Bäuerinnen und Bauern weiterhin unter Druck, die Quoten zu erfüllen – selbst, wenn sie auf vieles gar keinen Einfluss haben. Ein wichtiges Thema ist etwa der Arbeitskräftemangel in den ländlichen Gebieten Usbekistans. Wegen der niedrigen

Löhne im Baumwollsektor suchen Millionen junger Männer und Frauen ihr Glück im Ausland, besonders in Russland.

Zudem ist Ackerland in Usbekistan in Staatsbesitz und wird unter restriktiven Bedingungen an Bäuerinnen und Bauern verpachtet. Die Regierung zwingt sie, Baumwolle oder Getreide anzubauen, auch wenn andere Kulturen rentabler wären. In einem kürzlich erschienenen Bericht des Usbekischen Forums für Menschenrechte heißt es, die Bäuerinnen und Bauern hätten Angst, sich den örtlichen Beamt*innen zu widersetzen. Sie würden ungünstige Verpflichtungen hinnehmen – etwa die Zucht von Seidenraupen oder eine Senkung der Baumwollpreise – aus Angst, dass ihre Felder zerstört oder ihre Pachtverträge aufgelöst werden könnten.

DAS BAUMWOLL-CLUSTERSYSTEM

Um bei der Baumwollbeschaffung weniger auf staatliche Kontrolle und mehr auf Marktorientierung zu setzen, führte Usbekistan 2017 ein Clustersystem ein. Die Kontrolle über den gesamten Produktionszyklus – Anbau, Verarbeitung und Ausfuhr – wurde privaten Textilunternehmen übergeben, den sogenannten Clustern. Dies sollte die Effizienz steigern und ausländische Investitionen anziehen.

In der Praxis hat das Clustersystem jedoch nicht die erhofften Vorteile gebracht. Statt direkt mit dem Staat zu verhandeln, schließen die Bäuerinnen und Bauern nun Verträge mit Privatunternehmen ab. Da die Regierung die Ankaufspreise aber nach wie vor unter Marktwert ansetzt, zahlen diese den Landwirt*innen wiederum weniger als ursprünglich vereinbart.

Berichten zufolge setzen bestimmte Cluster mithilfe örtlicher Behörden die Bäuerinnen und Bauern außerdem unter Druck, ihr Land herzugeben – teils durch Einschüchterungen und Drohungen. Eine Bäuerin sagte, ihr Sohn sei verprügelt und sie selbst immer wieder von der örtlichen Polizei schikaniert worden, weil sie ihr Land nicht an ein Cluster abtreten wollte.

Dass die Regierung unabhängige Baumwollgenossenschaften aufgelöst hat, hat Bedenken ausgelöst hinsichtlich des Rechts der Bäuerinnen und Bauern auf Vereinigungsfreiheit und faire Marktpraktiken. Ohne Kooperativen verlieren die Landwirt*innen Verhandlungsmacht und werden anfälliger für Ausbeutung durch regierungsnahe Cluster.

GEFAHR DES RÜCKFALLS

Im November 2024 wandten sich mehr als ein Dutzend Bäuerinnen und Bauern an den usbekischen Präsidenten Shavkat Mirziyoyev. Sie forderten Reformen, um selbst ent-

scheiden zu können, was sie anbauen, und um die Ernte dann unabhängig auf dem freien Markt verkaufen zu können. Wie die Regierung darauf reagiert, bleibt abzuwarten.

Endemische Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit sind weiterhin große Probleme. Da die usbekischen Gerichte nicht komplett unabhängig sind, haben die Bäuerinnen und Bauern kaum rechtliche Möglichkeiten. Derzeit ist der Baumwollsektor de jure halbprivatisiert, aber de facto staatlich kontrolliert. Wenn die Regierung ihn nicht ernsthaft liberalisiert, besteht die Gefahr, dass die staatlichen Baumwollquoten wieder durch Zwangsarbeit erfüllt werden.

Usbekistan hat durchaus lobenswerte Fortschritte bei der Reform der Baumwollindustrie gemacht. Im Hinblick auf eine echte wirtschaftliche Liberalisierung und einen echten Schutz der Arbeitnehmerrechte besteht allerdings noch Luft nach oben. Ohne weitere Reformen könnte das Land wieder in jene Zwangspraktiken zurückfallen, die einst zum internationalen Boykott geführt haben.

LINKS

Baumwollkampagne (Cotton Campaign):
cottoncampaign.org/uzbekistan

Uzbek Forum for Human Rights, 2025: Uzbek Forum's 2024 Cotton Harvest Report.
uzbekforum.org/uzbekistan-increasing-farmers-autonomy-critical-to-address-forced-labor-risks-and-attract-responsible-sourcing/



SHAHIDA TULAGANOVA

ist eine Produzentin, Regisseurin und Kriegsreporterin aus Usbekistan. Sie lebt in Großbritannien.

shahidayakub@gmail.com

NACHHALTIGE LIEFERKETTEN

„Das Gesetz würde entkernt, bevor es überhaupt in Kraft tritt“

Kann ein europäisches Gesetz die Arbeitsbedingungen in EU-Zulieferländern verbessern? Die EU-Lieferkettenrichtlinie von 2024 sollte genau das bewirken. Doch nun wurde die Umsetzung verschoben und die EU-Kommission plant eine Abschwächung. Ein Zugeständnis an die Wirtschaftslobby, sagt Armin Paasch vom katholischen Hilfswerk Misereor im Interview.

ARMIN PAASCH IM INTERVIEW MIT LEON KIRSCHGENS

Es sollte ein großer Schritt für mehr internationale Verantwortung sein: Im Mai 2024 verabschiedete die Europäische Union die „Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit“. Kurz: das EU-Lieferkettengesetz. Europäische Unternehmen sollten in Zukunft mehr Verantwortung dafür übernehmen, wie ihre Produkte und deren Bestandteile international hergestellt werden – und unter welchen Umständen Menschen dafür arbeiten. Doch auch nach dem Beschluss sorgt das Gesetz noch für Debatten. Anfang April 2025 wurde die Einführung nun um ein Jahr verschoben, um Zeit für inhaltliche Änderungen zu schaffen.

Herr Paasch, 2024 haben Sie in einem Beitrag für E+Z geschrieben, wie wichtig die EU-Lieferkettenrichtlinie ist – und davor gewarnt, dass sie abgeschwächt werden könnte. Jetzt plant die EU-Kommission tatsächlich erhebliche Änderungen, noch bevor das Gesetz überhaupt zur Anwendung kommt. Was genau soll angepasst werden?

Die Kommission hat am 26. Februar in der neuen sogenannten Omnibus-Verordnung vorgeschlagen, die Richt-

linie in entscheidenden Punkten abzuschwächen. Die Sorgfaltspflichten sollen dabei zunächst nur noch für Tochtergesellschaften und direkte Zulieferer gelten, die häufig in der EU angesiedelt sind und wo die menschenrechtlichen Risiken am geringsten sind. Mit indirekten Geschäftspartnern müssten sie sich nur befassen, wenn ihnen bereits plausible Hinweise auf Menschenrechts- oder Umweltprobleme vorliegen. Dann ist es aber oft schon zu spät.

Das heißt, es wird nicht dort angesetzt, wo es am nötigsten wäre?

Genau. Denn die meisten Schäden entstehen am Anfang der Kette, etwa im Bergbau oder auf Plantagen im Globalen Süden. Genau diese Risikobereiche würden jetzt erst einmal ausgeblendet. Hinzu kommt, dass die Kommission die zivilrechtliche Haftungsregel streichen will. Das bedeutet, dass Menschen in Ländern des Globalen Südens kaum Chancen auf Schadensersatz hätten, wenn europäische Unternehmen gegen Sorgfaltspflichten verstoßen und dadurch Schäden verursachen. Gleichzeitig sollen Bußgelder bei Verstößen nicht mehr wie ursprünglich geplant an



Foto: dpa / zumapress.com / MD Mehedi Hasan

Textilarbeiter*innen protestieren in Dhaka und fordern die Auszahlung ihrer Löhne vor den Eid-Feiertagen.

den Unternehmensumsatz gekoppelt werden. Für große Konzerne wird es dann deutlich billiger und somit noch einfacher, Strafen einfach als „Betriebskosten“ abzuhaken, statt wirklich etwas an ihren Praktiken zu ändern. Und auch beim Klimaschutz soll das Gesetz abgeschwächt werden: Unternehmen müssten zwar noch Pläne erstellen, um sich an das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu halten, aber wären nicht mehr verpflichtet, sie auch umzusetzen. Das Gesetz würde entkernt, bevor es überhaupt in Kraft tritt.

Was würde all das in der Summe für Menschen in Ländern des Globalen Südens bedeuten?

Es würde bedeuten, dass Menschen, die unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden, noch weniger Möglichkeiten haben, sich zu wehren. Europäische Unternehmen müssten kaum noch Verantwortung übernehmen.

Was könnte denn das Lieferkettengesetz in seiner jetzigen Form bewirken: Könnte es die Bedingungen wirklich verändern oder nur Schadenersatz ermöglichen?

Ein gutes Beispiel ist der verheerende Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistan 2012. Damals sind mehr als 250 Menschen gestorben, weil Notausgänge verriegelt waren und es keinen Brandschutz gab. Hauptabnehmer war der deutsche Textildiscounter Kik. Die Angehörigen der

Opfer versuchten, in Deutschland Schadenersatz einzuklagen, wurden aber wegen kurzer Verjährungsfristen im pakistanischen Recht abgewiesen. Weil die europäischen Abnehmer kaum Verpflichtungen haben, wären die Chancen ohnehin sehr gering gewesen. Die EU-Lieferkettenrichtlinie würde europäische Unternehmen verpflichten, etwa Risiken beim Brandschutz zu untersuchen und dagegen vorzugehen. Mit solchen Maßnahmen hätte die Katastrophe verhindert oder begrenzt werden können. Und wenn die Maßnahmen nicht umgesetzt und so Menschenrechte verletzt oder Schäden verursacht werden, könnten Betroffene oder Hinterbliebene vor Zivilgerichten in EU-Mitgliedstaaten Schadenersatz einklagen. Das ist der große Vorteil der EU-Richtlinie gegenüber dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das keine zivilrechtliche Haftungsregel vorsieht.

Es geht also nicht nur um Wiedergutmachung, sondern vor allem um Prävention?

Genau. Wenn Unternehmen wüssten, dass sie vor europäischen Gerichten haftbar gemacht werden können, hätten sie einen klaren Anreiz, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen und nicht erst zu reagieren, wenn es zu spät ist. Wenn die Sorgfaltspflicht nun mit den neuen Plänen auf die direkten Zulieferer beschränkt wird, wird genau das Gegenteil passieren. Im schlimmsten Fall hätten Unternehmen sogar einen Anreiz wegzuschauen, um keine Hinweise zu erhalten, die sie zu Vorbeugemaßnahmen verpflichten würden.

Als Hauptgrund für die Abschwächung wird immer wieder der Bürokratieaufwand genannt.

Dieser Diskurs ist meiner Wahrnehmung nach leider klar von Wirtschaftsverbänden befeuert und bewusst überhöht. Natürlich entsteht bei der Umsetzung von Gesetzen auch ein bürokratischer Aufwand. Ohne Berichterstattung ist so etwas nicht umzusetzen. Unternehmensberichte sind wichtig, damit Behörden und die Zivilgesellschaft die Arbeit der Unternehmen auch überprüfen können. Aber sie sind kein „Bürokratiemonster“, wie sie von großen Wirtschaftsverbänden in Deutschland bezeichnet werden. Die Sorgfaltspflichten würden ohnehin nur für sehr große Unternehmen ab 1000 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von 450 Millionen Euro gelten. Schaut man sich die einzige verfügbare repräsentative Untersuchung in Deutschland an, zeigt sich sogar, dass nur sieben Prozent der deutschen Unternehmen gesetzliche Sorgfaltspflichten ablehnen. 80 % geben an, sie bereits ganz oder teilweise umzusetzen. Es gibt keinerlei empirischen Beleg für die Behauptung der EU-Kommission, die Lieferkettenrichtlinie und andere Nachhaltigkeitsregeln würden die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gefährden.

„Wenn Unternehmen wüssten, dass sie vor europäischen Gerichten haftbar gemacht werden können, hätten sie einen klaren Anreiz, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen und nicht erst zu reagieren, wenn es zu spät ist.“

Die Untersuchung gilt aber vor allem für das deutsche Lieferkettengesetz, das seit 2023 stufenweise eingeführt wird. Welche Rolle spielt Deutschland nun bei der Neuformulierung des EU-Lieferkettengesetzes?

Damit die Omnibus-Verordnung durchkommt, muss sie mit einer qualifizierten Mehrheit im EU-Rat beschlossen werden, also zwei Dritteln der Regierungen mit zwei Dritteln Bevölkerungsanteil. Das ist eine hohe Hürde. Die französische und spanische Regierung sprechen sich zum Beispiel klar gegen eine Streichung der zivilrechtlichen Haftungsregel aus. Die geschäftsführende deutsche Bundesregie-

rung hat dazu auch Vorbehalte angemeldet. Wie sich die künftige Bundesregierung positionieren wird, bleibt abzuwarten. Im Koalitionsvertrag hat sie angekündigt, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz durch ein neues Gesetz zu ersetzen, das die EU-Lieferkettenrichtlinie „bürokratiearm“ und „vollzugsfreundlich“ umsetzen soll. Zugleich unterstützt sie das „Omnibusverfahren“ und will „überbordende Regulierungen“ verhindern. Was das im Einzelnen heißen soll, bleibt jedoch offen und damit Gegenstand schwarzer Verhandlungen. Im Europäischen Parlament wehren sich Sozialdemokraten und Grüne gegen die Abschwächung der Lieferkettenrichtlinie, auch wenn sie jüngst, am 3. April 2025, die Verschiebung der Anwendung um ein Jahr mit beschlossen haben. Immerhin hat die Europäische Volkspartei im Vorfeld dieser Abstimmung zugesagt, bei den inhaltlichen Änderungen der Lieferkettenrichtlinie einen Kompromiss mit Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen zu suchen, statt einen Pakt mit den Rechtsaußenfraktionen einzugehen. Bleibt zu hoffen, dass diese „Brandmauer“ hält und die Wirksamkeit der Lieferkettenrichtlinie nicht eingeschränkt wird.

LINK

Verband der Vereine Creditreform e.V., Handelsblatt Research Institute, 2024: Sorgfaltspflichten in der Lieferkette – Wo steht die deutsche Wirtschaft? research.handelsblatt.com/wp-content/uploads/2024/10/2024_HRI_Creditreform_LKSP.pdf



ARMIN PAASCH

ist Referent für Verantwortliches Wirtschaften und Menschenrechte beim bischöflichen Hilfswerk Misereor.

paasch@misereor.de

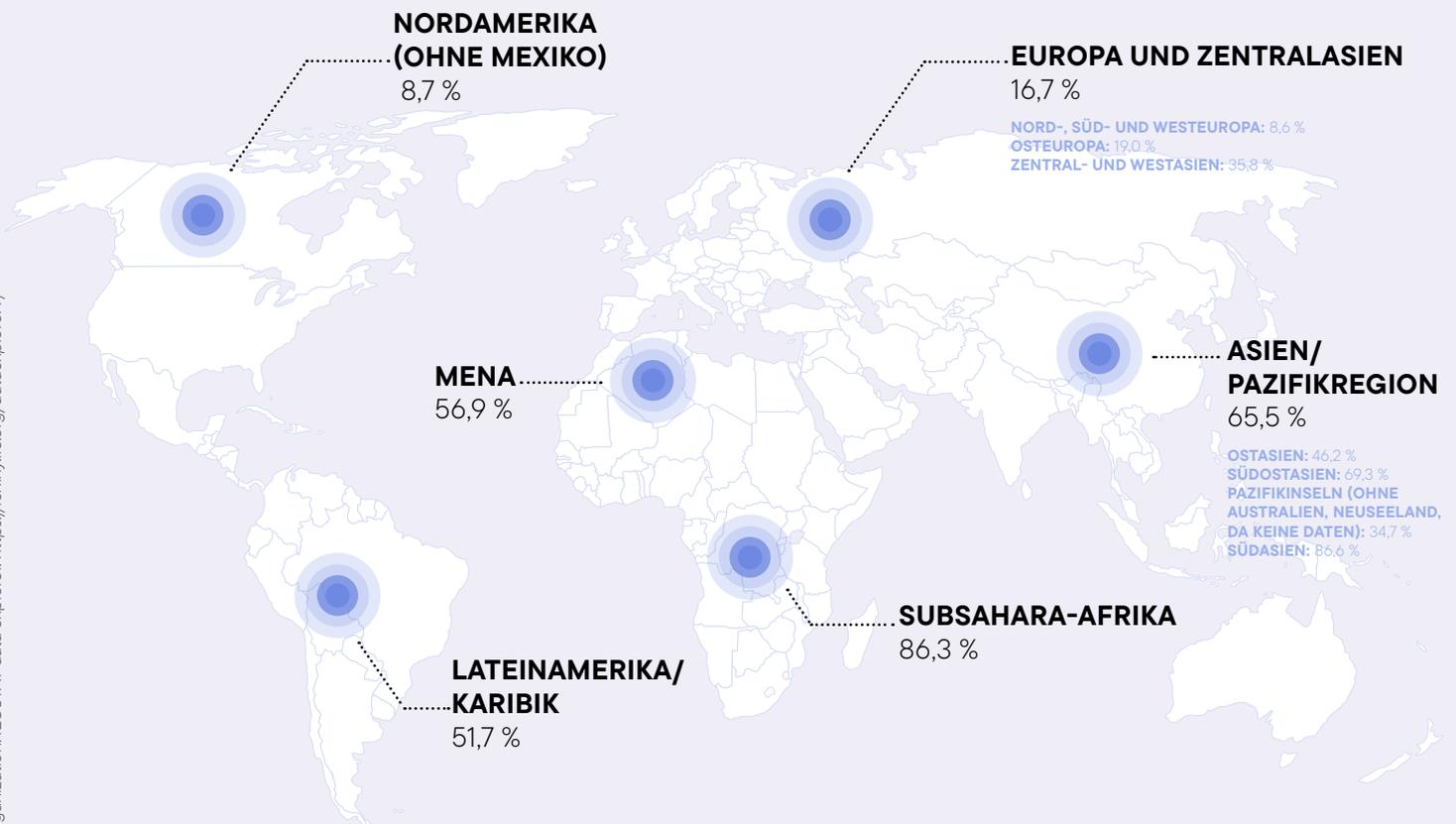
ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Die Arbeitswelt von heute in Zahlen

Arbeitsgesetze, soziale Sicherung, informelle Beschäftigung und Migration: die wichtigsten Zahlen und Daten zu Beschäftigung und Erwerbstätigkeit weltweit.

VON ISAH SHAFIQ

ANTEIL DER INFORMELL BESCHÄFTIGTEN AN DER GESAMTBESCHÄFTIGUNG IN PROZENT (2024)



90%

der 187 Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) haben einen gesetzlichen Mindestlohn.*

60%

von 160 untersuchten Ländern erhöhten im Jahr 2022 ihren Mindestlohn. Allerdings führten die Anpassungen nur bei einem Viertel der Länder zu einem realen Anstieg – in den restlichen Ländern haben die Erhöhungen des Mindestlohns die Inflation nicht ausgeglichen.*

In zwei Dritteln

von 72 untersuchten Ländern war die Lohnungleichheit im Jahr 2021 geringer als zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Am stärksten war der Rückgang in Ländern mit niedrigen und niedrigen bis mittleren Einkommen. Generell ist die Lohnungleichheit in Ländern mit niedrigen Einkommen am größten, während sie in Ländern mit hohen Einkommen am geringsten ist. In den untersuchten Ländern arbeiten rund drei Viertel der weltweit formell Beschäftigten. Informell Beschäftigte wurden nicht erfasst.*

57,8%

der Erwerbstätigen weltweit arbeiten im informellen Sektor. Der Anteil ist regional sehr unterschiedlich. Besonders hoch ist der Anteil in Südasien und Subsahara-Afrika mit jeweils rund 86%. In Nordamerika und Europa (ohne Osteuropa) liegt der Anteil bei rund 8,6%.**

4,7%

aller Erwerbstätigen weltweit sind internationale Migrant*innen. Fast die Hälfte von ihnen arbeitet in Nordamerika oder Europa (ohne Osteuropa).***

In 59%

von 145 untersuchten Ländern dürfen sich Arbeitnehmer*innen gewerkschaftlich organisieren. Jedoch haben sie nur in 26% der untersuchten Länder auch das tatsächliche Recht zu streiken.****

In 61%

der 145 untersuchten Länder liegt das Mindestalter für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bei 15 Jahren oder darunter.****

In 35%

der 145 untersuchten Länder gibt es keine Regelungen zur Arbeitslosenunterstützung. Allerdings schreiben 50 dieser Länder eine Abfindung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor, während sechs Länder weder Arbeitslosengeld noch eine Abfindung vorsehen.****

53%

der 145 untersuchten Länder haben keine gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit; in weiteren sieben Ländern ist die Elternzeit auf vier Monate begrenzt.****

Quellen:

* International Labour Organization, 2024: [Global Wage Report 2024-25: Is wage inequality decreasing globally?](#)

Der Berechnung der Lohnungleichheit liegen mehrere Messgrößen zugrunde, darunter der Anteil an Geringverdiener*innen und die Palma-Ratio, die den gesamten Stundenlohn der reichsten 10% der Bevölkerung durch den der ärmsten 40% teilt.

** International Labour Organization: ILOSTAT data explorer. rshiny.ilo.org/dataexplorer9/

*** International Labour Organization, 2024: ILO global estimates on international migrant workers ilo.org/publications/major-publications/ilo-global-estimates-international-migrants-labour-force

**** WageIndicator Foundation: Labour Rights Index 2024. [Labour Law for 135 Countries Covered in One Global Index – Labour Rights Index](#)



ISAH SHAFIQ

studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Werkstudent bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu